

RUNDBRIEF

Nr. 3/2009

Liebe Freunde,

Sommer, Sonne und Ferienzeit neigen sich dem Ende zu. Die Tage werden kürzer und die Abende länger. Mehr Zeit also zum Lesen, beispielsweise des MANNdat-Rundbriefes. Und von den Themen gibt es genug, denn die Situation hat sich nicht wirklich verbessert.

Eine Anmerkung zu unserem Forum <http://www.carookee.com/forum/MANNdatAktion>. Der Forenanbieter hat sich als äußerst unzuverlässig erwiesen (wochenlangender Serverausfall mit hohem Datenverlust), so dass wir diesen Dienst gekündigt haben und das Forum längstens noch bis Ende des Jahres dort betreiben werden. Ob es weiterhin ein Publikumsforum von Mannndat geben wird, ist derzeit in der Diskussion. Über das weitere Vorgehen werden wir rechtzeitig im Forum (so lange es noch besteht) und auf unserer Homepage informieren.

Unsere Homepage www.mannndat.de wird seit längerem im Hintergrund überarbeitet und wird voraussichtlich Mitte November veröffentlicht. Die Adresse bleibt unverändert, aber ansonsten ändert sich einiges, und Sie dürfen gespannt auf unser neues Portal sein.

Und zum Schluss der Einleitung wieder die Aufforderung den Rundbrief an alle Leute zu verteilen, die daran Interesse haben könnten.

Und jetzt geht's los.

Inhalt

Offener Brief an den Vorsitzenden des Grundschulverbands	<u>Seite 4</u>
Beim „Vera-Vergleichstest“ witterte Herr Bartnitzky eine Mädchendiskriminierung	
Neues Faltblatt "Männergesundheit"	<u>Seite 7</u>
MANNdat-Faltblatt aktualisiert; zum Herunterladen und Verteilen	
Gender Mainstreaming nur für Mädchen?	<u>Seite 8</u>
Offener Brief an die AG Digitale Medien in der Bildung dimeb	
Männer werden gefeuert - Frauen werden gefördert	<u>Seite 11</u>
Ein MANNdat-Kommentar zu Männerarbeitslosigkeit und Frauenförderung	
Stellungnahme zum Bericht über Entgeltungleichheit	<u>Seite 13</u>
MANNdat hat die Studie des Frauenministeriums unter die Lupe genommen	
Schreiben an Bundestagsabgeordnete zum Gesetzentwurf Genitalverstümmelung	<u>Seite 18</u>
MANNdat-Kritik an der Einseitigkeit des Entwurfs	
Aktualisierte Fassung „Was wir wollen“	<u>Seite 20</u>
Wie jedes Jahr erfolgt die Präzisierung unserer Vereinsziele	
Pressemitteilung: CDU bricht Wahlversprechen	<u>Seite 26</u>
Der Unterschied zwischen opponieren und regieren zum Nachteil der Jungen	
Bundestagskandidaten zur Jungenkrise	<u>Seite 27</u>
Aufschlussreiche Reaktionen der Bundestagsabgeordneten	

Was sonst noch passierte: Ein satirischer Rückblick

Über blonde Mädchen, Busen, Po und Co.

[Seite 28](#)

Wahlplakate der etablierten Parteien im Überblick

Gleichheit, Gleichheit über allem

[Seite 32](#)

Selbst bei Unternehmensgründungen muss die Quote stimmen

Spidla als Reinkarnation von Münchhausen?

[Seite 35](#)

Wie schnell man von männlichen Problemen auf weibliche zu sprechen kommt

Gleichberechtigung mal anders

[Seite 38](#)

Über Ansätze, auch Männerdiskriminierungen zu akzeptieren

Offener Brief an den Vorsitzenden des Grundschulverbands

An:

Dr. h.c. Horst Bartnitzky
Duisburg

Betr.: Jungengerechte Schule – Offener Brief
- Ihre Kritik an Jungen ansprechenden Themen beim VERA-Vergleichstest

Sehr geehrter Herr Bartnitzky,

wie wir aus der Presse erfahren mussten, haben Sie sich öffentlich beschwert, dass Jungen bei den diesjährigen VERA-Tests bevorzugt würden, weil man für den Deutschtest diesmal ein Thema gewählt hat, das auch Jungen anspricht, nämlich Piraten.

Wir sind etwas überrascht, dass der Versuch, die Leseinteressen von Jungen stärker zu berücksichtigen, auf solche Kritik stößt.

Etwa jeder zehnte Junge ohne Migrationshintergrund und fast jeder vierte Junge mit Migrationshintergrund verlässt heute die Schule ohne einen Abschluss. In allen Bundesländern beträgt der Jungenanteil in Sonderschulen über 60%. Unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern ist der Jungenanteil an höher führenden Schulen signifikant geringer als der Mädchenanteil. In allen Fächerbereichen finden sich mehr männliche als weibliche Schüler auf der untersten Kompetenzstufe. Laut nationalem Bildungsbericht von Deutschland aus dem Jahr 2008 nimmt das Risiko für Jungen und junge Männer, im Bildungssystem zu scheitern, zu.

Schon im Jahr 2000 hat die PISA-Studie die schlechten Leseleistungen der Jungen als eine große bildungspolitische Herausforderung bezeichnet. Danach sind mehr als die Hälfte der Jungen in Deutschland nur Pflichtleser, lesen also nicht aus eigenem Antrieb. Dies ist signifikant schlechter als der PISA-Durchschnitt und doppelt so schlecht wie bei den Mädchen. Drei Jahre später benannte die OECD Jungenleseförderung als primäres Bildungsziel weltweit.

Noch im Jahr 2005 belegte das Bundesbildungsministerium, dass die Schultexte Jungen nicht zum freiwilligen Lesen animieren und auch die Unterrichtsmaterialien die Interessen der Jungen meist nicht ansprechen und an ihrer Lebenswirklichkeit vorbeigehen.

2007, also sieben Jahre nach der ersten PISA-Studie, bezeichnete der nationale Bildungsbericht für Deutschland 2006 „die spezifische Förderung von Jungen“ als „ein noch nicht eingelöstes Desiderat der Leseerziehung in Deutschland.“

Während Deutschland sich dieser bildungspolitischen Herausforderung nicht stellt, weil man nicht bereit ist, auf die geschlechtertypischen Leseinteressen einzugehen, werden in angelsächsischen

Ländern Jungenbücher zum Bestseller (z.B. „Dangerous Book for Boys“ oder „Gregs Tagebuch“). Dies zeigt deutlich, dass Jungen lesen wollen. Wir müssten ihnen lediglich jungengerechtere Lektüre anbieten. Vergleicht man stattdessen die IGLU- und PISA-Werte für die Lesekompetenz, zeigt sich, dass sich die geschlechterspezifischen Unterschiede zuungunsten der Jungen während der Schulzeit sogar noch vergrößern. Die Schule ist also derzeit nicht in der Lage, einen geschlechtergerechten Unterricht anzubieten, sondern die Unterschiede nehmen während der Schulzeit sogar noch zu.

Schon im Jahr 2004 schrieben Schilcher/Hallitzky in „Neue Leser braucht das Land! Zum geschlechterdifferenzierenden Unterricht mit Kinder- und Jugendliteratur“: „Moderne Jungenbücher dürfen zum großen Teil als Bedrohung für die männliche Selbstfindung erlebt werden. Viele typische Klassenlektüren – meist entnommen aus dem Kanon der 'guten' Kinder- und Jugendliteratur – haben einen sensiblen, schwachen Jungen als Protagonisten.“

Und schließlich: In der Studie „Bildungsmisserfolge von Jungen“ des Bundesbildungsministeriums wird dargelegt, dass Jungen bei gleichen Schulleistungen schlechtere Noten erzielen und seltener an höhere Schulen empfohlen werden als Mädchen. Dies ist eine klare Benachteiligung von Jungen. In manchen Grundschulen beträgt der Anteil von Jungen, die nach der vierten Klasse an höhere Schulen empfohlen werden, gerade mal die Hälfte des Anteils der Mädchen.

Zu all diesen Tatsachen konnten wir jedoch niemals Ihre Entrüstung aus der Presse entnehmen. Aber nun, da in einem einzigen Test ein Thema gewählt wurde, das auch Jungens ansprechen könnte, beklagen Sie gleich vehement eine Bevorzugung von Jungen.

Betrachtet man sich die Arbeitsschwerpunkte Ihres Grundschulverbands für die Amtsperiode Mai 2008 bis Mai 2012, wird ein Themenpunkt „Bildungsgerechtigkeit“ genannt. Schaut man in das Papier, legen Sie zwar zu Recht dar, dass das Ziel der Bildungsgerechtigkeit in Deutschland bislang immer noch verfehlt wird. Aber liest man weiter, stellt man fest, dass Sie lediglich die Abhängigkeit des Bildungsniveaus vom Migrationshintergrund und vom sozialen Status bemängeln. Die geschlechterspezifische Abhängigkeit des Bildungsniveaus wird jedoch noch nicht einmal genannt, geschweige denn kritisiert.

Wir bedauern, dass offenbar auch heute noch die Bildungsmisserfolge von Jungen in der Grundschule nicht nur ignoriert, sondern offenbar als Gott gegebene Selbstverständlichkeit aufgefasst werden. Das Bildungswesen hat die Aufgabe, Mädchen UND Jungen optimal zu fördern. Und wenn es Hinweise gibt, dass ein Geschlecht Nachteile oder gar Benachteiligungen erfährt, sind wir in der Verantwortung, die Ursachen zu ergründen und diese zu beseitigen. Dies hat man bei den Mädchen mit Erfolg getan. Bei Jungen stellt man sich dieser Aufgabe bislang nicht ernsthaft.

Wir fordern Sie deshalb auf, die Benachteiligung von Schülern wegen ihres Geschlechts genauso zu verurteilen und zu beseitigen, wie die Benachteiligung durch andere Faktoren.

Wir fordern weiterhin die Verstärkung der Leseförderung von Jungen in der Schule. Sie darf sich nicht nur auf einen einzigen Test beschränken. Ein einzelner Text, der nur einmal die Interessen von Jungens anspricht, ohne dass die Schule selbst jungengerechter wird, kann zudem zu einer Verschleierung der

tatsächlichen Probleme von Jungen führen.

Wir werden diesen Brief auf unserer Internetseite veröffentlichen. Eine eventuelle Antwort von Ihrer Seite werden wir ebenfalls veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Antwort des Herrn Bartnitzky:

Sehr geehrter Herr Köhler,

leider haben Sie bei Ihrer Empörung übersehen, worum es in diesem Aspekt der Kritik an VERA 3 (Vergleichsarbeiten für 3. Klassen) ging: Tests, wenn sie denn aussagekräftig sein sollen, dürfen nicht eine Gruppe der Getesteten bevorzugen, weder die Jungen noch die Mädchen, weder Mittelschichtkinder noch Migrantenkinder. Die wichtigen PISA- und IGLU-Ergebnisse zu den Lesefähigkeiten von Jungen und Mädchen im Vergleich wären nie deutlich geworden, wenn gegen diesen Grundsatz der Testmethodik verstoßen worden wären. Es ging also hier in keiner Weise um die Frage nach geeignetem Lesestoff oder der Lesedidaktik zur Leseförderung, sondern um einen rein testmethodischen kritischen Hinweis. Das Lesen unserer Pressemitteilung hätte dies bereits klären können.

Mit freundlichem Gruß -
Dr. Horst Bartnitzky
Vorsitzender des Grundschulverbandes

Die Reaktion von MANNdat auf diese Antwort:

Sehr geehrter Herr Bartnitzky,

wir danken Ihnen für Ihre Rückantwort. Leider haben Sie bei Ihrer Empörung übersehen, dass wir den von Ihnen beschriebenen Aspekt gar nicht kritisieren. Was wir kritisieren ist, dass Sie die mutmaßlichen Nachteile von Mädchen umgehend bemängeln, wir aber in den letzten Jahren keine ähnliche Kritik von Ihnen zu den Nachteilen von Jungen - auch in Grundschulen - vernehmen konnten. Mutmaßlich bezeichne ich diese Nachteile übrigens deshalb, weil mir keine Studie bekannt ist, die belegen würde, dass Mädchen seltener Piratengeschichten lesen als Jungen. Die Tatsache, dass dies ein Thema ist, an dem viele Jungen interessiert sind, heißt ja nicht, dass deswegen Mädchen automatisch benachteiligt sind. Hier möchte ich Sie bitten, mir Ihre Quelle zu nennen, die Sie zu Ihrer Bewertung veranlasst hat.

Außerdem klärt Ihre Antwort immer noch nicht die Frage, weshalb in Ihrem Strategiepapier zwar die Abhängigkeit des Bildungsniveaus vom sozialen Hintergrund und vom Migrationshintergrund kritisiert

wird, nicht jedoch die Abhängigkeit vom Geschlecht.

Mit freundlichen Grüßen

Auf die Nennung der entsprechenden Quellen wartet MANNdat nach wie vor vergebens, genauso auf eine Erklärung, weshalb sich Herr Bartnitzky bisher noch nie zur Benachteiligung von Jungen geäußert hat. Das verwundert nicht wirklich. Interessant ist indes ein anderer Fakt. Als Reaktion auf diesen offenen Brief erhielt MANNdat eine Menge Post – nahezu ausschließlich positive und unterstützende Reaktionen, darunter auch von zwei Landeselternräten!

<http://www.manndat.de/index.php?id=562>

[zurück](#)

Faltblatt „Männergesundheit“

Aktualisiert und mit neuem Layout präsentiert sich nun das MANNdat-Faltblatt zur Männergesundheit. Darin werden unsere wichtigsten Kritikpunkte an der gegenwärtigen Gesundheitspolitik beschrieben sowie neun Forderungen an die Politik gestellt, deren Umsetzung nicht nur nach Meinung von MANNdat mehr als überfällig ist. Und natürlich wird auch auf die speziellen Probleme von Jungen und männlichen Jugendlichen eingegangen. Ausdruckfertig ist das Faltblatt als pdf-Datei verfügbar.

http://www.manndat.de/fileadmin/Dokumente/Faltblaetter/MANNdat-Faltblatt_Gesundheit_2009.pdf

[zurück](#)

Gender Mainstreaming nur für Mädchen?

Die Arbeitsgruppe 'Digitale Medien in der Bildung' (dimeb) an der Universität Bremen fordert die "gendergerechte Schule". Allerdings nur für den naturwissenschaftlichen Unterricht, nicht für Leseunterricht und andere Bereiche, in denen eher Jungen Probleme haben.

MANNdat hat der dimeb einen Offenen Brief geschrieben und gefragt, ob Gender Mainstreaming mal wieder nur für Mädchen und Frauen gilt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf einen Artikel "Gendergerechte Pädagogik in den Naturwissenschaften" vom 13.05.2009 aus "Lehrer online" (<http://www.lehrer-online.de/naturwissenschaften-und-gender.php?sid=38426049072833447924650825082880> Abruf 02.07.09).

Ihre Forderung nach einer gendergerechten Schule, also einer Schule, die Mädchen UND Jungen gleichermaßen optimal fördert, unterstützen wir voll und ganz. Aber genau diese Gendergerechtigkeit, die Sie vehement einfordern, vermissen wir bei Ihrer Arbeit. Der Artikel beschränkt sich lediglich auf die gendergerechte Förderung im naturwissenschaftlichen Unterricht. Sie schreiben: "Gerade in den naturwissenschaftlichen Schulfächern ist eine Sensibilisierung der Lehrkräfte bezüglich der Genderthematik viel versprechend und kann maßgeblich zur Verbesserung des Schulerfolgs von Schülerinnen und Schülern, der Erhöhung ihrer Motivation und zur Verbesserung der Unterrichtsatmosphäre beitragen."

Warum soll diese Gendergerechtigkeit nicht auch in anderen Fächern stattfinden, z.B. in Deutsch? Eine Sensibilisierung der Lehrkräfte bezüglich der Genderthematik wäre auch im Bereich Lesen vielversprechend - und notwendig. Schon die PISA-Studie 2000 hat Jungenleseförderung als wichtige bildungspolitische Herausforderung bezeichnet. Eine Herausforderung, der sich die Politik auch in Zeiten des Gender Mainstreaming bis heute nicht ernsthaft stellt.

Es ist sicher kein Zufall, dass, obwohl Jungen heute die schlechteren Bildungserfolge haben, sich Ihr Artikel ausgerechnet in dem Bereich für Gendergerechtigkeit einsetzt, in dem Mädchen schlechtere Durchschnittswerte in der Schule zugesagt werden. Bereiche, in denen Jungen schlechtere Ergebnisse erzielen, werden gar nicht oder nur am Rande erwähnt. So wird z.B. Sprachfähigkeit nur einmal kurz in einem Zitat genannt. Lesekompetenz wird in Ihrem Artikel überhaupt nicht erwähnt.

Betrachtet man Ihre Internetpräsenz, stellt man fest, dass Sie sich bei einer Reihe von Mädchenspezifischen Förderprojekten bzw. Projekten mit Mädchenspezifischer Komponente beteiligen:

- Virtual International Women's University (vifu)
- Schlüsselqualifikationen für Frauen in leitenden Positionen (HWP II)
- Projekt DATAWOMSCI
- GIST: Gender and Information Society Technology
- Gender Mainstreaming im Projekt Intranet-Redaktion der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen
- European Platform of Women Scientists
- Gender Mainstreaming im Gesamtprojekt Mobile Campus der Universität Bremen
- Roberta - Mädchen erobern Roboter
- Gender Mainstreaming und digitale Medien

Ein Projekt zur jungenspezifischen Förderung sucht man jedoch vergebens. Selbst beim Leseförderprojekt "TAEXT-Akademie. Forschungsk Kooperation Lesekompetenz in der Digitalen Kultur" ist eine jungenspezifische Förderkomponente nicht zu finden.

Diese Einseitigkeit der Ausrichtung genderspezifischer Förderung auf Mädchenförderung bei gleichzeitigem Ausschluss von Jungenförderung widerspricht Ihrem Wunsch nach Gender-gerechtigkeit.

Ihre Aussage auf www.lehrer-online.de/dimeb.php :

"Weiterhin gestaltet dimeb gendergerechte Lernumgebungen, führt die Begleitforschung von "Roberta" und "Roberta Goes EU" mit einem Schwerpunkt auf der Genderthematik durch und bearbeitet weiterführende Projekte zum Thema Gender Mainstreaming." können wir auch nicht nachvollziehen. Das Projekt Roberta ist ein reines Mädchenförderprojekt. Genderthematik und Gender Mainstreaming sollte aber mehr sein als das bloße Weglassen von Jungen. Bei der einseitigen Mädchenförderung wird zudem übersehen, dass auch in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften, aber auch im Computerumgang (siehe hierzu die Studie "Bildungsmisserfolge von Jungen" des Bundesbildungsministeriums) der Großteil der Schüler und Schülerinnen mit den schlechtesten Kompetenzen Jungen sind. Dies wissen Sie sicherlich besser als wir. Durch die gezielte Förderung ausschließlich von Mädchen und die damit verbundene pauschale Ausgrenzung von Jungen bleiben vor allem die Jungen zurück, die entgegen dem Geschlechterklischee eben nicht als Mathematikgenies oder Computerfachleute geboren werden.

Ist es nicht fatal, dass deshalb ausgerechnet genau diejenigen Jungs die größten Verlierer dieser genderspezifischen (sprich rein Mädchenspezifischen) Förderung sind, die nicht den gängigen Jungenklischees vom Computerfreak und Technikfan entsprechen? Man kann Mädchen fördern, ohne Jungen pauschal auszugrenzen.

Geschlechtertypische Auffälligkeiten sind zudem im Gegensatz zu Ihrer Behauptung nicht durchweg konstruiert, sondern - zumindest teilweise - durchaus auch biologisch gegeben. Eltern, aber auch Pädagoginnen und Pädagogen wissen aus Erfahrung, dass sich Jungen in den Bereichen Feinmotorik und Sprachfähigkeit tendenziell langsamer entwickeln als Mädchen. Diese Erfahrungswerte wurden mittlerweile durch Auswertung von ärztlichen Befunden aus den Schuleingangsuntersuchungen bestätigt. So weisen Jungen in diesen wichtigen schulischen Kompetenzen zum Zeitpunkt der Einschulung 50% häufiger Defizite auf als Mädchen, wie z.B. aus den Daten der Drucksache 14/1682 des Bildungsministeriums von Baden-Württemberg hervorgeht.

Wenn wir auch Jungen gleiche Chancen geben wollen beim Start in die Schullaufbahn, dann müssten wir schon im Vorschulbereich die Stärkung in diesen Kompetenzen auch unter geschlechterspezifischem Aspekt angehen. Ein Gender Mainstreaming, das nur Mädchen in den Blick nimmt, scheitert an seinem eigenen Anspruch, beide Geschlechter berücksichtigen zu wollen.

Wie gesagt, Ihren Aufruf zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Schule unterstützen wir uneingeschränkt. Aber wir würden es begrüßen, wenn sich dieser Wunsch auch in Ihrer Arbeit niederschlagen würde. Geschlechtergerechtigkeit darf nicht dort enden, wo die Nachteile und Benachteiligungen von Jungen anfangen.

Wir regen deshalb an, Ihrem Aufruf zu mehr Gendergerechtigkeit dadurch Nachdruck zu verleihen, dass Sie neben Mädchenförderprojekten auch Jungenförderprojekte durchführen.

Mit freundlichen Grüßen

Antwort von Frau Prof. Wiesner von dimeb:

Lieber Bruno Koehler

herzlichen Dank für Ihre Mail. Ich spreche jetzt einfach mal für mich, gehe aber davon aus, dass viele der von Ihnen angeschriebenen Personen, es ähnlich sehen.

1. Das Roberta-Projekt (u. a.) hatte einen Schwerpunkt im Bereich der Mädchenförderung und Naturwissenschaften. Die Begründung für diese Schwerpunktlegung ist der Tatsache geschuldet, dass es in der BRD nur einen sehr geringen Anteil an Frauen in Naturwissenschaft und Technik gibt. Daher finde ich die DiMeB- Projekte auch durchgängig sehr wichtig. Trotz der Schwerpunktlegung wurde sich stets darum bemüht, auch den Jungenaspekt darin stark zu machen. (GM-Leitfaden) Die Arbeitsgruppe DiMeB ist vielschichtiger und vielseitiger als Sie diese dargelegt haben. Sie haben m.E. die Diversity-Aspekte unterbewertet und den darin eingelagerten Gender Aspekt ignoriert/übersehen.

2. Die Forderung einer gendergerechten Pädagogik kann sich sowohl auf Jungen als auch auf die Mädchen konzentrieren. Publikationen, die sich auf beide Geschlechtsgruppen - gleichermaßen (!) - konzentrieren sind leider immer noch sehr selten. Noch seltener sind Publikationen, die sich dabei auch auf kulturelle Aspekte beziehen. Die Verlierer/innen unseres Schulsystems sind insbesondere Personen mit Migrationshintergrund. Eine Forschungsförderung für diesen Diversity-Schwerpunkt zu bekommen, ist schlichtweg nicht einfach, halte ich aber für notwendig, um mehr diversity-orientierte Geschlechtergerechtigkeit durchzusetzen. Kurzum, ich schlage eine Erweiterung in Richtung diversity-orientierte gendergerechte Pädagogik vor.

3. Ich selber halte es generell für problematisch, wenn innerhalb einer Berufsgruppe ein Geschlecht dominiert - sei es im Erziehungsbereich oder in technischen Berufen. Vor diesem Hintergrund finde ich Ihre Initiative auch sehr wichtig. Insofern finde ich auch einen Boysday mit einem sprachlichen oder geisteswissenschaftlichen Schwerpunkt durchaus auch sinnvoll.

4. Es gibt mehr Übereinstimmungen als Gegensätze zwischen den Geschlechtern, auch die Zielvorstellungen sind häufig ähnlich. Insofern können auch Kooperationen zwischen Institutionen mit unterschiedlichen Schwerpunkten - projektbezogen - sehr sinnvoll sein.

5. Eine kleine Frage am Rande ---- Kennen Sie mein Buch "Die Inszenierung der Geschlechter in den Naturwissenschaften"? Darin sind - insbesondere in dem zweiten Kapitel - meine Gedanken zu dem Thema entfaltet - liest leider nur kein Mensch, da alle nur noch mit Querlesen von Artikeln beschäftigt sind.

6. Ich suche ein Buch zu dem Thema Web 2.0 und Jungen - Können Sie mir eines empfehlen?

7. Vielen Dank für Ihre Anregung und weiterhin viel Erfolg.

8. Ich möchte diese "offene Mail" dazu nutzen, alle mir bekannten Menschen in und um DimeB von

Herzen zu grüßen.

herzlichst
Prof. Dr. Heike Wiesner
HWR Berlin

<http://manndat.abplesk01.de/index.php?id=567>

[zurück](#)

Männer werden gefeuert - Frauen werden gefördert

Die Wirtschaftskrise treibt die Arbeitslosenzahlen in die Höhe. Vor allem diejenige der Männer: „Die Zahlen der Bundesagentur zeigen, dass bislang vor allem Männer ihre Stelle verlieren. Frauen dagegen finden immer noch Jobs,“ schrieb [Spiegel Online](#) am 30. April 2009.

Weiter heißt es dort: „Während die Arbeitslosenquote bei Männern im April im Vergleich zum Vorjahr um 12,4 Prozent stieg, ist sie bei Frauen um 2,8 Prozent zurückgegangen. In absoluten Zahlen heißt das:

Während 217.848 Männer ihren Job verloren haben, haben 46.939 Frauen sogar eine neue Stelle gefunden.“

Das ist für die offizielle Arbeitsmarktpolitik allerdings kein Grund, die Frauenförderung nun zurückzufahren und ihr Augenmerk auf die immer stärker betroffenen Männer zu richten. Der Europäische Sozialfond [ESF](#) weist darauf hin, dass „am Arbeitsmarkt benachteiligte Zielgruppen wie Frauen, Langzeitarbeitslose, Migrantinnen und Migranten sowie Jugendliche mit besonderen Integrationsproblemen unterstützt werden“.

Ein Beispiel für eine solche Fördermaßnahme: „Bei Solar City Leipzig beginnt am 3. Juli ein 100-prozentig ESF-geförderter Vollzeitkurs ‚Fachberaterin für Energiesparendes, Energieeffizientes und Solares Bauen‘ für arbeitslose Frauen,“ wie die Leipziger Internet-Zeitung [LIZ](#) am 21. Juni 2009 meldete. Die Preisliste von [Solar City](#) verrät uns:

Frauen zahlen nichts für einen Kurs, der immerhin 1.920 Stunden umfasst, und der laut LIZ „äußerst gute Chancen“ bietet, in der Branche der Erneuerbaren Energien vermittelt zu werden.

Männer zahlen allerdings auch nichts für diesen Kurs, denn für sie wird er gar nicht erst angeboten. Obwohl sie immer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben sie keine Möglichkeit, mit der Teilnahme an einer solchen Fortbildung ihre Chancen auf Beschäftigung in einer zukunftssträchtigen Wachstumsbranche zu erhöhen. Zwar können auch sie Kurse z.B. in „Solares Bauen“ belegen, die vom ESF gefördert werden. Allerdings nur, wenn sie denn zu den erwähnten Zielgruppen gehören, also etwa lange Zeit arbeitslos sind oder wenn es sich um Migranten handelt. In dünnen Worten:

Für einen Kurs von gerade mal 100 Stunden müssen Männer einen Eigenanteil von immerhin 349 Euro selbst tragen.

Von Seiten der Politik und der Medien verlautet ständig, dass junge, gut ausgebildete Frauen massenhaft die neuen Bundesländer verlassen und anderswo ihr Glück suchen und finden, weil der Arbeitsmarkt im Osten für sie nicht genug gute Stellen bereit hält. Lobenswert, dass der ESF dem abzuhelpen versucht, indem er ihnen die Möglichkeit bietet, sich kostenlos zur Energie-Fachberaterin ausbilden zu lassen.

Warum die andere kritische Gruppe, die vielen arbeitslosen ostdeutschen jungen Männer ohne Perspektive auf dem Arbeitsmarkt, die sich immer mehr in Richtung Prekariat entwickeln, bei weitem nicht in den Genuss einer derart üppigen Förderung kommen dürfen, wird wohl für immer das Geheimnis unserer Gender-Bürokraten bei der EU und beim Bund bleiben.

Arbeitsmarktförderung sollte sich nach der Betroffenheit richten, nicht nach dem Geschlecht. Schluss mit der Benachteiligung männlicher Arbeitsloser!

<http://manndat.abplesk01.de/index.php?id=566>

[zurück](#)

Das Bundesministerium für Frauen: Entgeltungleichheit 2009 - Stellungnahme von MANNdat

Vorgeschichte

Im Jahr 2008 trat das Frauenministerium der Ursula von der Leyen (CDU) mit der Behauptung an die Öffentlichkeit, Frauen erzielten bei gleicher Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung nur 77 % des Verdienstes von Männern. Dem gegenüber hatte die Vorgängerin im Amt, Renate Schmidt (SPD), bereits im Jahre 2003 erkannt, die Entgeltungleichheit beruhe auf Unterschieden in der ausgeübten Tätigkeit, der Qualifikation und der Berufserfahrung. MANNdat intervenierte daraufhin beim von der Leyenschen Ministerium, worauf die beanstandete Aussage zurückgezogen und auch von den Servern der Homepage des Ministeriums entfernt wurde.

Zum Rückzug gezwungen, verlautbarte das Ministerium aber zugleich, „geschlechtsspezifische Trennlinien am Arbeitsmarkt“, bei der Kindererziehung und bei der Versorgung älterer Menschen seien mutmaßlich die Ursache der Entgeltdifferenzen. Letztendlich stünden „tradierte Rollenbilder“ dahinter, welche wiederum von vielen Frauen freiwillig gelebt würden. Der aufmerksame Leser erkennt bereits hier ein starkes Schwanken zwischen Verschwörungstheorie und dem Ansatz der Chancengleichheit. Letzterer stellt die Freiheiten und Möglichkeiten, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu leben, in den Mittelpunkt, nicht aber die Gleichheit der erzielten Endergebnisse.

Nunmehr legt das Frauenministerium das Dossier [Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern in Deutschland \(2009\)](#) vor, welches offenbar die Bestimmung hat, die Deutungen des Jahres 2008 zu belegen. MANNdat hat das Dossier gelesen und nimmt wie folgt Stellung.

1. Zur Ideologie

Bereits in der Einleitung postuliert das Frauenministerium, was allenfalls das Endergebnis einer Beweisführung sein könnte: Es herrsche ein Zustand *fortbestehender gesellschaftlicher Ungleichbehandlung*, infolge dessen Frauen in bestimmten Berufen, Branchen und auf den höheren Stufen der Karriereleitern fehlten. Weder individuelle noch kollektive Lohnverhandlungen könnten den sich hieraus ergebenden Entgeltwirkungen entgegenwirken.

Hiermit hat sich das Frauenministerium zwar endgültig von der These verabschiedet, Frauen erhielten für die gleiche Tätigkeit ein geringeres Entgelt als Männer. Die darin enthaltene Diskriminierungsvermutung ist jedoch nicht aufgegeben, sondern nur an eine andere Stelle verschoben. Nunmehr lautet die These offenbar, Frauen würden von der Gesellschaft an der Karriere gehindert.

Dabei wird unterstellt, das Individuum sei das passive Objekt gesellschaftlicher Kräfte, die sie – die Frau – in eine bestimmte Lebensführung mit den daraus resultierenden Folgen zwingen. Völlig ausgeblendet wird dabei der Entscheidungsspielraum des Individuums auf seine Lebensführung. Es ist

mehr als befremdlich, diese der sozialistischen Theorie analoge Deutung aus dem derzeit mit einer CDU-Ministerin besetzten Frauenministerium zu vernehmen.

Der vergleichsweise geringe Anteil von Frauen auf den oberen Stufen der Karriereleiter kann ebenso gut das Ergebnis entsprechender Lebensentwürfe und persönlicher Präferenzen sein, die Lebensqualität anders als nur in beruflichem Aufstieg übersetzen. Hier muss darauf hingewiesen werden, dass schon Simone de Beauvoir, eine Ikone des Feminismus, schon vor über 50 Jahren schrieb:

Keine Frau soll das Recht haben, zu Hause zu bleiben und die Kinder zu erziehen. [...]Frauen sollten diese Wahlfreiheit nicht haben, denn wenn sie sie erhalten, werden zu viele Frauen sie wählen. (de Beauvoir, Simone (1951): Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, Hamburg, S.648).

Dieses Wahlrecht, das Männer in der Form nicht haben, als Diskriminierung zu bezeichnen, stellt die tatsächlichen Gegebenheiten auf den Kopf.

Ebenso gut wird die Pflege Angehöriger nicht aufgezwungen, sondern in familiärer Arbeitsteilung übernommen. Dass der in einer solchen Konstellation weiterhin vollerwerbstätige Partner – i.d.R. der Mann – über seine finanziellen Transfers den Rückzug der Frau vom Erwerbsleben in die Pflegetätigkeit überhaupt erst ermöglicht, bleibt im Dossier unerwähnt.

Wie nach feministischer Diktion üblich, geht das Frauenministerium nicht auf das Fehlen der Frauen in gefährlichen, mit Lärm und Schmutz einhergehenden und stressgeneigten Berufen ein. Unter Lastwagenfahrern, Hüttenarbeitern, Schweißern und Bauarbeitern ist das weibliche Geschlecht noch viel seltener anzutreffen als in Aufsichtsräten, ohne dass dieser Umstand beklagt wird.

Einen deutlichen Hinweis auf das Fehlen einer Präferenz zur Karriere bei einer Vielzahl von Frauen gibt indes der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008. Dem zufolge weisen selbst kinderlose Frauen im erwerbsfähigen Alter nur eine Erwerbstätigenquote von 77 % auf, wobei ein knappes Drittel (28 %) der kinderlosen erwerbstätigen Frauen lediglich einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht. Eben jener Bericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 räumt auch mit der Mär vom überdurchschnittlichen gesellschaftlichen Engagement der Frauen auf, weist er doch aus, dass 39 % der Männer gegenüber nur 36 % der Frauen bürgerschaftlich engagiert sind.

Das aktuelle Dossier des Frauenministeriums selbst weist darauf hin, dass Frauen häufiger eine *weniger monetäre Entlohnung präferieren, sondern sich eher eine interessante Tätigkeit, gute Weiterbildungsmöglichkeiten und ein harmonisches Arbeitsumfeld mit guten Beziehungen zu Vorgesetzten und Kollegen wünschen*. Gleichzeitig weisen Frauen *eine insgesamt höhere Arbeitszufriedenheit als Männer auf*. Es werden nur keine Schlüsse daraus gezogen. Bedarf es vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis noch weiterer Studien zur Entgeltungleichheit und der ungerechtfertigten Skandalisierung dieses Zustands in der öffentlichen Debatte? Doch wohl nicht!

2. Zur Rechenweise

Ist der Erklärungsansatz in sich schon nicht schlüssig, so weist die Statistik zudem noch systematische Verzerrungen auf. Für die Berechnung des Indikators zum Verdienstunterschied GPG (gender pay gap) wird folgende Definition ausgewiesen (Hervorhebungen durch MANNdat):

*Der GPG stellt den prozentualen Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostunden-verdienst von Frauen zu dem der Männer dar (Alter 16 – 64 Jahre, Wochenarbeitszeit mind. 15 Stunden). Berücksichtigt werden dabei die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der gesamten Wirtschaft, ab 2006 **ohne Alters- oder Arbeitszeitgrenze** (allerdings bislang **ohne öffentliche Verwaltung**).*

Zunächst fällt der Widerspruch auf, alle Arbeitnehmer ohne Arbeitszeitgrenze berücksichtigen zu wollen, gleichzeitig aber die Betrachtung auf Beschäftigungsverhältnisse mit mindestens 15 Stunden Wochenarbeitszeit einzugrenzen. Es kann an dieser Stelle nicht darüber spekuliert werden, welcher von beiden widersprüchlichen Ansprüchen in der Studie letztendlich realisiert wurde. Im Sinne einer möglichst großen zu erklärenden Entgeltdifferenz sei nachfolgend unterstellt, die Arbeitsverhältnisse unter 15 Stunden sind nicht berücksichtigt.

Indem die Entgeltdifferenz auf das Verhältnis der Bruttostundenverdienste abgestellt wird, spielt zwar das Brutto-Gesamtgehalt, und damit die größere Häufigkeit von Teilzeitbeschäftigung bei Frauen, in der Berechnung der Entgeltdifferenz keine Rolle mehr. Es ist aber Augenwischerei anzunehmen, das zeitliche Gesamtengagement eines Arbeitnehmers spiele beim Stundenentgelt keine Rolle. Tatsächlich belegt eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes, dass Teilzeitkräfte generell mit einem niedrigeren Stundelohn als Vollzeitkräfte entlohnt werden (http://www.focus.de/karriere/perspektiven/teilzeit/stundenlohn_aid_67064.html).

Des Weiteren stellt die Ausblendung des öffentlichen Dienstes mit seinen über alle Berufssparten hinweg höchsten Frauenförderprogrammen eine weitere systematische Verzerrung dar. Vollkommen unerwähnt bleibt die Nichtberücksichtigung der Wehr- und Zivildienstleistenden, obwohl diese in die anvisierte Altersgruppe fallen.

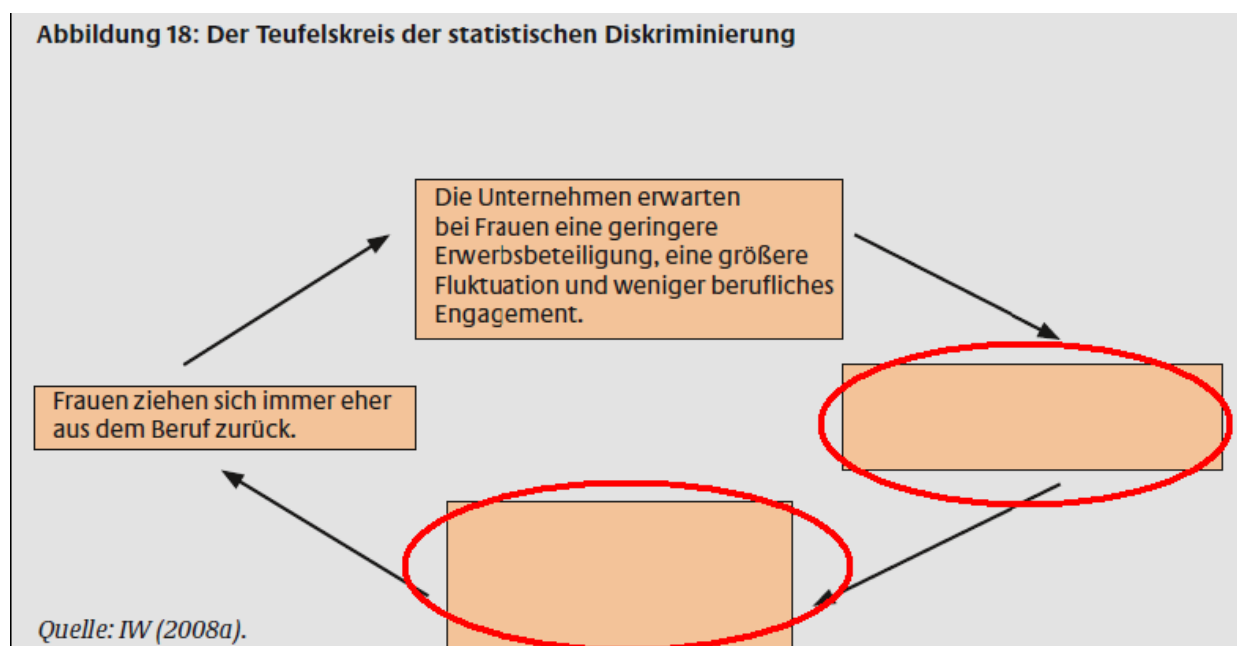
3. Fundstücke

Für den tendenziösen und interessensgeleiteten Charakter der Frauenministeriumsstudie sprechen auch die folgenden Beispiele:

- Das Frauenministerium führt aus, Männer bevorzugten natur und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge, Frauen ziehe es hingegen zu den Sprach- und Kulturwissenschaften. *Dadurch (!)* blieben Frauen wichtige Berufschancen vorenthalten.
- Frauen seien in Entscheidungspositionen in Unternehmen unterrepräsentiert. Sie könnten eine *gläserne Decke* nicht durchdringen. Eine **mögliche** Ursache sei die sogenannte **statistische Diskriminierung**. – Die Diskriminierung, welche eben nicht belegt werden kann, wird mit dem

absurden Zusatz „statistisch“ wieder in den Sprachgebrauch eingeschmuggelt, was zu einer bizarren Wortneuschöpfung führt. Statistik diskriminiert nicht, Statistik misst.

- Bei Gehaltsverhandlungen zeigten Frauen mit Familie nicht die gleiche „Härte“ wie ihr eigener Partner (von dem sie solches aber seinerseits erwarten). – Wie Mann das wohl verstehen darf? Kämpfen Frauen am Ende gar nicht so gern, sondern lassen lieber ihn für sich kämpfen?
- Ein besonderes Kuriosum stellt eine im Dossier enthaltene Abbildung zum **Teufelskreis der statistischen Diskriminierung** auf Seite 32 dar, welche den Wirkungszusammenhang veranschaulicht. Offenbar ist den Autorinnen der Studie dieser selbst nicht zur Gänze klar oder schlüssig, denn der Teufelskreis ist zur Hälfte leer.



4. Der avisierte Maßnahmenkatalog

In letzter Konsequenz zielt das Dossier darauf ab, Legitimation zu schaffen für frauenfördernde Maßnahmen. Das Dossier nennt:

- *Ausbau der Kinderbetreuung*

Die Rahmenbedingungen zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sollten verbessert werden.

- *Spektrum der Berufswahl soll erweitert werden*

Mit Projekten wie „Girl’s Day“ und „Komm, mach MINT“ sollen Mädchen und junge Frauen entgegen ihrer mehrheitlichen Neigung in Berufsbereiche gelockt werden, die als zukunftssträftig eingeschätzt werden. Im selben Absatz erwähnt das Bundesfrauenministerium das Projekt „Neue Wege für Jungs“.

Es habe die Berufswahl und Lebensplanung von Jungen und Männern in den Blick genommen. Damit wird offenkundig: „Neue Wege für Jungs“ hat den Zweck, diese aus den als zukunftssträftig eingeschätzten Bereichen zu verdrängen. Es handelt sich um eine offene Kampagne eines Bundesministeriums zur Behinderung der Zukunftschancen von 50 % der eigenen Bevölkerung.

□ *Förderung von Frauenkarrieren*

Mit Informationsangeboten wie www.frauenmachenkarriere.de wird ein Informationsangebot für Frauen, die Karriere machen oder ein Unternehmen gründen wollen, geschaffen. Dies soll nicht zuletzt der Begründung weiblicher Netzwerke dienen. In Bezug auf Männer wird dergleichen üblicherweise als Seilschaft bezeichnet. Nicht zuletzt war beabsichtigt, eine bundesweite Gründerinnenagentur ins Leben gerufen werden. Mittlerweile gibt es diese bereits: www.gruenderinnenagentur.de.

□ *Lohnbildung*

Das Bundesfrauenministerium bedauert, außer im Öffentlichen Dienst keine direkten Eingriffsmöglichkeiten zu haben. Durch das marktwirtschaftliche Prinzip der Tarifautonomie gehindert, kann das CDU-geführte Frauenministerium deshalb lediglich Informationsbroschüren wie „Fair P(l)ay – Entgeltgleichheit für Frauen und Männer“ und den „Frauenlohnspiegel“ anbieten. Das Ministerium fordert dennoch die Unternehmen auf, selbst mit Hilfe eines Schweizer Verfahrens (Logib) ihre Entlohnungsstrukturen zu überprüfen. Das Frauenministerium hat hierzu Logib angepasst und „umprogrammiert“(?!). Schließlich soll eine Reform des Vergaberechts weitere Eingriffsmöglichkeiten schaffen. Offenbar müssen Auftragnehmer der öffentlichen Hand zukünftig Ideologiekompatibilität vorweisen, um bei der Auftragsvergabe noch berücksichtigt zu werden.

□ *Forschungsprojekte*

Unter anderem sollen Umfragedaten der von der Hans-Böckler-Stiftung (Gewerkschaften) betriebenen Frauen-Lobby-Seite www.frauenlohnspiegel.de mit Daten des Statistischen Bundesamtes gemischt werden, um so zu neuen frauenzentrierten Erkenntnissen zu gelangen, mit denen sich wiederum Frauenfördermaßnahmen legitimieren lassen.

□ *strategische Allianzen*

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben sich im Rahmen von Vereinbarungen den Zielsetzungen des Frauenministeriums verpflichtet.

□ *Equal Pay Day*

Das Frauenministerium unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes des „Business and Professional Women“, des Deutschen Frauenrates und zahlreicher Frauenverbände finanziell. Über den deutschen Frauenrat ist auch der DGB eingebunden. Der Equal Pay Day wurde erstmals im Jahr 2008 mit Unterstützung des Frauenministeriums durchgeführt. Eine Fortsetzung der finanziellen Förderung ist zunächst bis zum Jahr 2011 bewilligt.

□ *Europäischer Sozialfond (ESF)*

Auch Brüssels finanzielle Ressourcen sollen im Dienst der Sache aufgeboten werden. Betriebliche „Bestpractice“-Beispiele betrieblicher Karriereförderung (wessen wohl?) sollen mit den Fondsmitteln unterstützt werden. Unter Beteiligung des DGB wurde bereits eine Lenkungsgruppe eingerichtet. Ein bundesweiter Projektaufruf wird folgen.

Fazit

Nachdem das Leyensche Frauenministerium die unhaltbare Behauptung einer Entgeltungleichheit bei gleicher Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung zurückziehen musste, legt es nun eine Studie vor, die die Schwachstellen der bisherigen Argumentation ausräumen soll. In dieser Studie wird nun wiederum reichlich nebulös von „statistischer Diskriminierung“ entlang „geschlechtsspezifischer Trennlinien am Arbeitsmarkt“ berichtet, ohne dass hierfür eine stichhaltige Beweisführung erbracht wird. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich die präsentierten Erklärungsansätze als nicht fundiert und interessensgeleitet. Gleichwohl plant das Frauenministerium die Umsetzung eines umfangreichen Maßnahmenkatalogs mit Einsatz von Steuermitteln. Frauen werden (noch mehr) gefördert, und Männer dürfen dies mehrheitlich bezahlen. Alles also wie gehabt.

http://manndat.de/fileadmin/Dokumente/Stellungnahme_Entgeltungleichheit_2009.pdf
[zurück](#)

Schreiben an Bundestagsabgeordnete zum Gesetzentwurf Genitalverstümmelung

Sehr geehrte Abgeordnete,

wir beklagen, dass mit Drucksache 16/12910 ein Jungen diskriminierender Gesetzentwurf eingebracht wurde, der bewusst Jungen den Schutz vor Genitalverstümmelung vorenthält und somit Gewalt gegen Jungen fördert.

Wir kritisieren dies, weil hier rituellen, religiösen, aber auch kommerziellen Interessen Vorrang vor dem Recht auf körperliche Unversehrtheit von Jungen gegeben wird. Die spezifischen Interessen religiöser Gruppierungen müssen hinter dem Grundrecht des Individuums auf Selbstbestimmung und Unversehrtheit zurück stehen.

Eine Beschneidung aus religiösen Gründen können wir daher nur akzeptieren, wenn der Betreffende selbstbestimmt darüber entscheiden kann, mithin, wenn er volljährig ist. Eine stellvertretende Entscheidung durch Erziehungsberichtigte ist bei einem Eingriff, der nicht rückgängig gemacht werden kann, abzulehnen.

Wir kritisieren dies auch, weil Jungen damit weniger Menschenrechte zugestanden werden als

Mädchen. Körperverletzungen an Mädchen erhalten damit einen eigenen Straftatbestand, Körperverletzungen an Jungen, bei denen dieselbe Argumentation greifen würde, werden ignoriert. Wir sind der Meinung, dass Menschenrechte unteilbar bleiben sollten.

In der Pressemeldung des Bundestages wird diese Initiative begründet mit den Worten: „Nach Auffassung der Abgeordneten ist der Staat verpflichtet, die gefährdeten Mädchen und Frauen vor einem Eingriff in das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen.“

Für uns ist nicht nachvollziehbar, weshalb es nach Auffassung der Abgeordneten nicht auch Pflicht des Staates sei, Jungen und Männer vor einem Eingriff in das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen.

Hier zeigt sich nicht nur, dass „Gender Mainstreaming“ nichts anderes ist, als die zunehmende Außerkraftsetzung von Menschenrechten für Jungen und Männer. Vielmehr wird Jungen hier einmal mehr Gewalterfahrung als ganz normaler Teil ihrer männlichen Initiation zugemutet.

Wir fordern Sie auf, das Wort „weiblich“ aus dem Entwurfssatz

„3. die weiblichen Genitalien teilweise oder ganz verliert oder diese auf andere Art verstümmelt werden oder “

zu streichen und die Formulierung in

„3. die Genitalien teilweise oder ganz verliert oder diese auf andere Art verstümmelt werden oder “

abzuändern.

Dadurch würden Frauen und Mädchen nicht geringer geschützt, dafür aber Jungen der gleiche Schutz zugestanden.

<http://www.manndat.de/index.php?id=563>

[zurück](#)

Aktualisierte Fassung „Was wir wollen“

MANNdat versteht sich als unabhängige, überparteiliche Interessenvertretung für männliche Bürger. Wir wollen die Bürgerrechte von Jungen und Männern stärken, bestehende Benachteiligungen bekannt machen und dazu beitragen, sie zu überwinden.

In der folgenden Übersicht zeigen wir auf, wo Jungen und Männer ungerecht behandelt oder benachteiligt werden. Daraus leiten wir konkrete Forderungen an die politisch Verantwortlichen ab. Denn ohne die Stärkung der Rechte von Männern und Jungen kann es keine wirkliche Gleichberechtigung geben.

1. Für Männer ist das **Berufsleben** weit gefährlicher als für Frauen. 97 Prozent aller Todesfälle infolge von [Berufskrankheiten](#) in der EU und fast 94 Prozent aller tödlichen [Arbeitsunfälle](#) in Deutschland entfallen auf Männer.

Wir fordern gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Männer in risikoreichen Berufen.

2. Die Politik richtet ihr Augenmerk im **Gesundheitswesen** vor allem auf Frauengesundheit. Angesichts der um etwa sechs Jahre niedrigeren Lebenserwartung von Männern ist das eine nicht nachvollziehbare Entscheidung. Wir fordern statt dessen:

- Einen Männergesundheitsbericht und eine Männergesundheitsdatenbank analog zu den bereits bestehenden Einrichtungen dieser Art für Frauen.
- Die medizinische Forschung muss sich stärker um den Mann, seinen Körper und seine Gesundheit kümmern. Sogar das [Bundesgesundheitsministerium](#) räumt ein, dass es erhebliche Defizite bei der Erforschung, Erfassung und Darstellung männerspezifischer Gesundheitsprobleme gibt.
- Verstärkte Aufklärung über Männergesundheit und mehr Anreize für Männer, an Vorsorgeuntersuchungen teilzunehmen.
- Eine zeitgemäße und angemessene Prostatakrebsvorsorge, u.a. durch Aufnahme der PSA-Wert-Bestimmung in die gesetzliche **Prostatakrebs**-Früherkennung.
- Über die Gefahren von Hodenkrebs und die Möglichkeiten der Selbstvorsorge sollten Männer besser aufgeklärt werden.
- Depressionen müssen bei Männern stärker erforscht und besser behandelt werden. Diese Krankheit wird bei Männern [häufig nicht als solche erkannt](#) oder sie wird ignoriert, obwohl beispielsweise knapp dreimal so viele Männer wie Frauen [Selbstmord](#) begehen.

3. Schätzungsweise 75 Prozent aller [Wohnungslosen](#) in Deutschland sind Männer. Dennoch richten sich überdurchschnittlich viele Hilfsangebote und Beratungsstellen gezielt an Frauen. Ähnliches gilt für Angebote wie Sucht- und Ernährungsberatung, Selbstbehauptungskurse und Migrantenförderung. Wir fordern, dass für Männer in **sozialen Notlagen** verstärkt Hilfsangebote bereitgestellt werden, die auf ihre speziellen Probleme zugeschnitten sind.

4. Weit häufiger als Frauen werden Männer zum Opfer von [Gewalttaten](#) (im öffentlichen Raum stellen sie rund 2/3 aller Opfer). Doch die meisten Maßnahmen der Vorbeugung, Beratung und Hilfe stehen in erster Linie Frauen zur Verfügung. Wir fordern, die geschlechterspezifische Gewaltopferbetrachtung gleichberechtigt auf männliche Gewaltopfer auszudehnen.

5. Jungen und Männer werden bei der Rehabilitation benachteiligt. Beispiel: In [§44 SGB IX \(1\) 3.](#) wird ausschließlich weiblichen behinderten **Gewaltopfern** ein Selbstbehauptungskurs als gesetzliche Sozialleistung bezahlt, männlichen behinderten Gewaltopfern dagegen nicht. Wir fordern, dass Rehabilitationsmaßnahmen allein aus Gründen der medizinischen Notwendigkeit und nicht in Abhängigkeit von Geschlecht als Kassenleistungen bezahlt werden.

6. Das Bundes-Familienministerium hat inzwischen anerkannt, dass bei [häuslicher Gewalt](#) Frauen die Hälfte der Täter stellen. Dennoch verbreiten Politik und Medien weiterhin die Legende von den Frauen als Opfer gewalttätiger Männer. Männer werden als Opfer häuslicher Gewalt kaum zur Kenntnis genommen. Gewalt von Frauen ist ein gesellschaftliches Tabu; deswegen trauen sich nur wenige Männer, bei der Polizei Anzeige gegen ihre Partnerinnen zu erstatten. Oft wird ihnen auch nicht geglaubt, und es mangelt außerdem an geeigneten Hilfsangeboten für betroffene Männer. Wir fordern, dass häusliche Gewalt unabhängig vom Geschlecht bekämpft wird. Gewalt von Frauen in der Familie darf nicht länger ein Tabu sein.

7. Frauen *dürfen* zur **Bundeswehr**, Männer *müssen* dorthin. Das ist mit dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung nicht vereinbar. Wir fordern: Zur Herstellung wirklicher Gerechtigkeit muss die Wehrpflicht abgeschafft werden oder für beide Geschlechter gelten.

8. Auch innerhalb der Armee ist eine Gleichberechtigung von Männern und Frauen nicht gewährleistet. So darf die sexuelle Würde der Soldatinnen nicht verletzt werden. Entsprechende Bestimmungen zum Schutz von Männern gibt es nicht. Auch bei anderen internen Vorschriften, der Ausbildung (Sportnormen) und den Auslandseinsätzen (häufig nur Innendienst), ist eine Bevorzugung von Soldatinnen festzustellen. Wir fordern: Auch hier muss der Gesetzgeber für Gleichbehandlung sorgen.

9. Internationale Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass Frauen **vor Gericht** für das gleiche Delikt seltener verurteilt und milder bestraft werden als Männer. Für Deutschland wurde ein "Frauenrabatt" vom Richter am Amtsgericht a. D. Prof. Ulrich Vultejus, Berlin, bestätigt ("Zeitschrift für Rechtspolitik" 3/2008 vom 11. April 2008). Wir fordern eine vorurteilsfreie Überprüfung der Verhältnisse in Deutschland und die Durchsetzung einer geschlechtsunabhängigen Rechtsprechung.

10. Das Vortäuschen von und die **falsche Verdächtigung** von Männern wegen Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen stellt ein in der kriminologischen Forschung weitgehend vernachlässigtes Thema dar. Eine [Studie](#) des LKA Bayern zu diesem Thema geht davon aus, dass deutlich mehr als die Hälfte der angezeigten Sexualstraftaten vorgetäuscht werden. Die seelischen und sozialen Folgen der Opfer von Falschbeschuldigungen sind bislang kaum erforscht. Wir fordern, dass solche Falschbezeichnungen konsequent juristisch verfolgt werden. Da im persönlichen Nahbereich häufig eine große Hemmschwelle für eine Strafanzeige gegen die Falschbezeichnerin besteht, fordern wir die Verfolgung dieser Straftaten von Amts wegen.

11. Wegen ihrer geringeren Lebenserwartung müssen Männer bei gleichen Auszahlungen monatlich weniger in die private Altersvorsorge investieren. Da das auf einer versicherungsmathematisch

begründbaren Risikoabschätzung beruht, ist es auch nach dem Antidiskriminierungsgesetz erlaubt. Im Gegensatz dazu werden bei der privaten **Riesterrente** Unisextarife vorgeschrieben. Wir fordern die Wiedereinführung der geschlechtsbezogenen Tarife. Männern kann nicht zugemutet werden, mit ihren Beiträgen den längeren Rentenbezug von Frauen zu subventionieren, die in keinerlei Beziehung zu ihnen stehen.

12. Die bei der **Riesterförderung** gezahlten Kinderzuschläge werden grundsätzlich der Mutter überschrieben. Der Vater kann die ihm zustehende Hälfte nur erhalten, wenn seine Frau schriftlich ihr Einverständnis erteilt - das sie einmal jährlich einseitig und ohne Angaben einer Begründung widerrufen kann. Wir fordern, dass zukünftig die Kinderzuschläge automatisch hälftig auf beide Eltern aufgeteilt werden, und zwar unabhängig von der Art der gewählten Lebensform. Eine freiwillige Überschreibung der anteiligen Zuschläge von einem Partner auf den anderen ist dadurch unbenommen.

13. An den Unisextarifen der gesetzlichen **Rentenversicherung** ist auf Grund der langen Beitragszeiten nicht zu rütteln. Die kürzere Lebensdauer der Männer führt jedoch bei Jahrgängen ab 1970 zu einer negativen, also grundgesetzwidrigen Verzinsung. Deshalb fordern wir, das Renteneintrittsalter der Männer um die gegenüber Frauen geringere Lebenserwartung zu senken. Dieser frühere Renteneintritt könnte in dem Maße abgeschmolzen werden, in dem sich die Lebenserwartung von Männern und Frauen angleicht.

14. Zwischen Juli 2008 und Juli 2009 nahm die Zahl der [arbeitslosen Männer](#) in Deutschland um 17,1 Prozent zu, während die Zahl der arbeitslosen Frauen derweil um 1,4 Prozent zurückging. Noch schlechter ist die Situation bei [jungen Männern](#) bis 24 Jahren: bei ihnen stieg die Zahl der Jobsuchenden innerhalb eines Jahres um gut 26 Prozent, bei jungen Frauen nur um 2,8 Prozent. Wir fordern eine Arbeitsmarktpolitik, die sich an der Realität der Arbeitslosenzahlen orientiert.

15. An Mädchen-**Zukunftstagen** („Girl's Days“) bekommen Mädchen die Chance, geschlechteruntypische Berufe kennen zu lernen. Jungen wird diese Chance weitgehend und vorsätzlich vorenthalten, obwohl das „Forum Bildung“ die gleiche Teilhabe von Mädchen und Jungen an Maßnahmen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums auf geschlechtsuntypische Berufe schon kurz nach dem PISA-Schock empfohlen hat. Unsere Forderung: flächendeckend Zukunftstage auch für Jungen!

16. Jungen weisen schlechtere **Schulleistungen** auf und stellen auf Haupt- und Sonderschulen die Mehrheit, auf Gymnasien die Minderheit der [Schüler](#). Als eine der Ursachen gilt der geringe Männeranteil bei erzieherischen und Lernberufen. Bekannt ist auch, dass Jungen sich im Bereich Motorik und Sprachkompetenz langsamer als Mädchen entwickeln, was ihre Chancen schon bei der Einschulung verschlechtert. Jungen erhalten außerdem nach einer [Studie](#) des Bundesbildungsministeriums für gleiche Leistungen im Schnitt schlechtere Schulnoten als Mädchen. Sie werden auch bei gleichen Noten von den Lehrkräften seltener als gymnasialgeeignet angesehen als Mädchen. Wir fordern eine verstärkte Männerförderung in den pädagogischen Berufen, damit Jungen in

Kindergarten und Schule mehr männliche Bezugspersonen haben. Außerdem bedarf es einer deutlich stärkeren Berücksichtigung der Eigenarten von Jungen in Unterricht und Erziehung. Im Vorschul- und Grundschulbereich brauchen Jungen eine gezielte Förderung in Sprachentwicklung und Motorik.

17. Bei Bildungs-Vergleichstests wie [IGLU](#) und [PISA](#) weisen Jungen durchgängig Defizite in der **Lesekompetenz** auf; weit höher als die Defizite der Mädchen in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften. Trotzdem werden Mädchen in diesen Bereichen immer noch weit mehr gefördert als Jungen im Hinblick auf Leseförderung.

Wir fordern eine gezielte jungenspezifische Leseförderung. Gleichstellungsstellen und Jugendeinrichtungen müssen neben der Mädchenförderung auch zu einer gezielten Jungenförderung verpflichtet werden.

18. Auch die speziellen **Probleme ausländischer Jungen** werden von der Politik häufig ignoriert. So stellte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2004 eine Studie über die Situation der Migrationskinder in Deutschland vor, die sich ausschließlich mit der Situation der weiblichen Jugendlichen beschäftigte, ohne auf die [männlichen Migrationskinder](#) einzugehen. Beim Integrationsgipfel 2006 sowie im nationalen Integrationsplan 2007 kam ebenfalls nur die Situation von Frauen und Mädchen zur Sprache. Migrantenjungen, die größten Bildungsverlierer, wurden gezielt ausgegrenzt. Angesichts der Gefahren von Kriminalität, Drogen und Islamismus fordern wir, dass die Politik ihre Einseitigkeit in Bezug auf ausländische Jugendliche aufgibt.

19. Wenn über **Zwangsheiraten und Ehrenmorde** unter den in Deutschland lebenden Türken berichtet wird, ist fast immer nur von weiblichen Opfern die Rede. Dass auch türkische Männer gegen ihren Willen [von ihren Familien verheiratet](#) werden, findet nur selten Erwähnung. Ebenso wenig die Tatsache, dass ein Drittel der Opfer von [Ehrenmorden](#) in Deutschland Männer sind, in der [Türkei](#) sogar zwei Drittel. Hier fordern wir mehr Objektivität bei Politik, Hilfsorganisationen und Medien.

20. Während viele Initiativen gegen **Beschneidungen und Genitalverstümmelungen** bei Frauen kämpfen, werden männliche Opfer dieses brutalen Ritus außer acht gelassen. Tatsächlich findet die [rituelle Beschneidung](#) von Jungen überall dort statt, wo auch Mädchen beschnitten werden. In Ländern der Dritten Welt werden solche Verstümmelungen auch um nichts weniger brutal vorgenommen als bei Mädchen, und die dabei entstehenden Verletzungen und [Todesfälle](#) sind gleichermaßen ernstzunehmen. Die männlichen Opfer dieses brutalen und überflüssigen Brauchs sind nicht weniger wert als die weiblichen. Beschneidungen ohne gesundheitlichen Grund gehören abgeschafft.

21. Die **Rechte der Väter** sind ausgesprochen lückenhaft. Schon in Artikel 6, Abs. 4 Grundgesetz wird die Diskriminierung der Vater-Kind-Beziehung festgeschrieben: Mutter und Kind stehen unter besonderem Schutz des Staates, Vater und Kind nicht. Der Diskriminierung von Scheidungsvätern im Sorge- und Umgangsrecht ist damit Tür und Tor geöffnet. So müssen viele Väter für ihre Kinder zwar Unterhalt zahlen, die Mütter können aber praktisch ungestraft den Kontakt zwischen Vater und Kindern sabotieren.

Wir fordern: Müttern, die dem Vater hartnäckig und entgegen gerichtlich festgelegten Regelungen den Kontakt zum Kind verwehren, muss umgehend das Sorgerecht entzogen werden. Ziel sollte es sein, das Sorge- und Umgangsrecht grundsätzlich beiden Eltern zu erteilen, gleichgültig ob sie

verheiratet, geschieden oder getrennt leben. Die gemeinsame Verantwortungsgemeinschaft für das gezeugte Leben darf nicht einseitig zerstört werden.

22. In diesem Zusammenhang ist auch [§ 1626a](#) aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu streichen. Er stellt eine Benachteiligung **nichtehelicher Väter** dar, indem er ihnen das Sorgerecht für ihre Kinder nur dann zugesteht, wenn die Mutter damit einverstanden ist. Auch gerichtlich können diese Männer eine Übertragung des Sorgerechts nicht durchsetzen. Insofern sind sie nur Väter von Mutters Gnaden und können bei Konflikten leicht ausgegrenzt werden. Unterhalt für das Kind zahlen müssen sie allerdings davon unabhängig und im vollen Umfang, was die Angelegenheit besonders grotesk macht. Unsere Forderung: Mit Anerkennung der Vaterschaft soll das gemeinsame Sorgerecht gelten, solange keine Kindeswohlgefährdung nach § 1666a BGB vorliegt.

23. Bisher sollten, nach dem Willen des Bundes-Justizministeriums, **Vaterschaftstests** von der Zustimmung der potenziellen Täterin (Straftat gemäß § 169 StGB: Personenstands Fälzung sowie gemäß § 263 StGB: Betrug) abhängig gemacht werden. Nicht nur die Deckung von Straftaten dabei ist bedenklich. Bei 10 bis 15% Kuckuckskindern wächst auch die Gefahr von juristisch relevantem Inzest, da gerade dort, wo häufig Kuckuckskinder entstehen (Nachbarschaft, Bekanntschaft, Arbeitsumfeld), nicht selten die Kinder auch ihre Partner wählen. Es muss sich zeigen, ob die geplanten Neuregelungen wirklich eine rechtliche Besserstellung zweifelnder Väter bringen. Wir fordern deshalb einen obligatorischen Abstammungstest nach der Geburt als Voraussetzung für die standesamtliche Eintragung.

24. Einer Studie des Bundesfrauenministeriums aus 2006 zufolge leiden nicht nur Mütter, sondern auch Väter unter der [Doppelbelastung](#) von Beruf und Familie. Diese Tatsache wird in der Öffentlichkeit oft ignoriert. Nicht zutreffend ist außerdem die häufig verbreitete Aussage, dass Männer sich zu wenig an der **Hausarbeit** beteiligen. Da Männer häufiger als Frauen berufstätig sind und auch längere Arbeitszeiten haben, ist es völlig natürlich, dass sie weniger Zeit für Hausarbeit aufwenden (können) als Frauen. Ein Vergleich der [Gesamt-Arbeitsbelastung](#) (Erwerbstätigkeit plus Hausarbeit) bei berufstätigen Paaren ergibt außerdem eine im Schnitt 1,25 Stunden pro Woche größere zeitliche Belastung von Männern. Wir fordern: Die zeitlichen Belastungen von Frauen **und** Männern müssen fairer beurteilt werden.

25. Die **Herabwürdigung von Männern** in unseren Medien sollte ebenso geächtet werden wie die Herabwürdigung von Frauen. Es gibt keinen Grund, die Diffamierung von Männern als einen Akt politischer Befreiung zu preisen. Hier geht es selbstverständlich nicht um Zensur, sondern darum, dass gegen entsprechende Schlagworte ("Männer sind Schweine"; "Nur ein toter Mann ist ein guter Mann" und viele andere mehr) nachdrücklich Einspruch erhoben und eine Gegenposition eingenommen wird.

26. An den Hochschulen herrscht bei den sogenannten **Gender Studies** die feministische Sicht der Dinge vor. Wir fordern: Schluss damit! Frauen- und Männerperspektiven müssen in den Lehrplänen gleichermaßen berücksichtigt werden.

27. § 8 des [Bundesgleichstellungsgesetzes](#) legt fest, dass Frauen im öffentlichen Dienst bevorzugt eingestellt und befördert werden dürfen, wenn sie in einzelnen Bereichen unterrepräsentiert sind. Eine

entsprechende **Quotenregelung** für Männer gibt es nicht. Wir fordern die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen oder die analoge Ausweitung auf Männer in unterrepräsentierten Bereichen. Chancengleichheit heißt gleiche Startbedingungen, nicht gleicher Zieleinlauf!

28. Die Gesetze schreiben die **vorrangige Einstellung und Beförderung von Frauen** selbst in solchen Bereichen des öffentlichen Dienstes vor, in denen Frauen mittlerweile massiv überrepräsentiert sind. Diese Regelung entbehrt mittlerweile jeglicher Grundlage. Deshalb fordern wir, dass ab einem Frauenanteil von 50% jegliche Frauenförderung eingestellt wird. Statt dessen sollte überall dort, wo Frauen überwiegen, die Einstellung von Männern gefördert werden.

29. In der Bundesverwaltung und in verschiedenen Bundesländern haben Männer für die Tätigkeit der **Gleichstellungsbeauftragten** weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Wir fordern die volle Wiederherstellung des Wahlrechts für Männer. Schluss mit dem geschlechtsbedingten Betätigungsverbot!

30. Es gibt in der Bundesrepublik ein Bundesministerium und neun Länderministerien, in deren Bezeichnungen das Wort „Frauen“ vorkommt, aber kein einziges Ministerium, das in seinem Namen Männer aufführt. Gleichstellungsbeauftragte in Behörden und Kommunen – bei denen es sich fast ausschließlich um Frauen handelt – sind faktisch nur für Frauenangelegenheiten zuständig. Die Politik des [Gender Mainstreaming](#) soll zwar die Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern berücksichtigen, ist in der Praxis aber kaum mehr als die Fortführung der altbekannten **Frauenpolitik**. Wir fordern, dass Geschlechterpolitik nicht länger nur als Frauenpolitik verstanden werden darf, sondern genauso die Situation und Probleme der Männer ins Blickfeld nimmt. Die Posten der Gleichstellungsbeauftragten müssen paritätisch besetzt oder ganz gestrichen werden.

<http://manndat.de/index.php?id=37>

[zurück](#)

Pressemitteilung: CDU bricht Wahlversprechen

Die CDU hat ihr Wahlversprechen von 2005, sich stärker um eine gezielte Jungenförderung zu kümmern, nicht gehalten. Dies kritisiert der gemeinnützige Verein MANNdat e.V.

Im Jahre 2004 hat die CDU als Reaktion auf ihre Kleine Anfrage zur Jungensituation die Vernachlässigung der damals rot-grünen Regierung im Bereich Jungenförderung bemängelt. Es fehle eine gezielte Jungenförderung, meinte die CDU damals als Oppositionspartei. 2005 versprach sie deshalb vor der Wahl, sich stärker für Jungen einzusetzen. Sie stehe in den Startlöchern, um nach der Regierungsübernahme ihre Ideen umzusetzen. Es waren große, aber auch leere Worte. Nach der Wahl 2005 stellte die CDU die neue Bildungsministerin und die neue Jugendministerin. Eigentlich optimale Voraussetzungen, um die Versprechen in die Tat umzusetzen. Trotzdem gab es auch bei der Großen Koalition kein anderes medienrelevantes Thema, das von der Politik dermaßen konsequent ignoriert wurde, wie die Bildungsmisserfolge von Jungen.

2006 sah Bundesjugendministerin von der Leyen (CDU) die Bildungsmisserfolge von Jungen aus rein frauenpolitischem Kalkül: „Ich finde es nicht schlimm, dass Mädchen in Sachen Bildung an den Jungen vorbeiziehen.“ 2007 kam schließlich vom Bundeskanzleramt offiziell die Aussage, dass eine gezielte Jungenförderung als nicht sinnvoll angesehen werde. Das einzige Jungenprojekt auf Bundesebene, „Neue Wege für Jungs“, ist kein Bildungsförderprojekt, sondern ein profeministisches Sozialisationsprojekt.

Das einzige, was die Bundesregierung in dreieineinhalb Jahren in Sachen Jungenbildungsförderung zustande gebracht hat, ist eine Studie „Bildungsmisserfolge von Jungen“, in der auch erhebliche Versäumnisse und Defizite der Bundesregierung im Bereich Jungenförderung nachgewiesen wurden, allerdings ohne dass sich daraus irgendwelche Konsequenzen ergeben hätten.

Mehr über die Jungenpolitik der Parteien finden Sie in der MANNdat- Parteienstudie unter [Parteienstudie 2008.pdf](#)

[http://www.manndat.de/index.php?id=281&tx_ttnews\[tt_news\]=246&tx_ttnews\[backPid\]=22&cHash=6374c5251f](http://www.manndat.de/index.php?id=281&tx_ttnews[tt_news]=246&tx_ttnews[backPid]=22&cHash=6374c5251f)

[zurück](#)

Bundestagskandidaten zur Jungenkrise

In verschiedenen Bundestagswahlkreisen haben wir in den letzten Wochen über das Portal abgeordnetenwatch.de die Wahlkreiskandidaten zu Bildungsbenachteiligung und schlechten Schulperspektiven von Jungen befragt. Parallel dazu lief eine allgemeine Umfrage zu männerpolitischen Themen im Wahlkreis Mittelfranken. Die Ergebnisse sind ausgesprochen aufschlussreich.

Auf Grund der speziellen Formatierungen gibt es hier nur den Link auf die pdf-Datei:

http://manndat.de/fileadmin/Dokumente/Studien/analyse_abgeordnetenwatch.pdf

[zurück](#)

Was sonst noch passierte

Über blonde Mädchen, Busen, Po und Co.

Eine kleine Analyse von Bundestagswahlkampf-Plakaten

Die Bundestagswahl steht vor der Tür. Und wie immer bei solchen Gelegenheiten erfreuen uns die Parteien mit mehr oder weniger originellen Plakaten. Dem herrschenden Zeitgeist gemäß, steht der Bundestagswahlkampf im real existierenden Feminismus natürlich im Zeichen der Frau.

Wir haben einige der Wahlplakate mal etwas näher betrachtet.

Die CDU.

Eine strahlend lächelnde Ursula von der Leyen betört uns auf dem ersten von uns betrachteten Plakat. Im Vordergrund des Plakates zwei Jugendliche – gendergerecht weiblich und männlich. Unser geschulter Blick sieht sofort, wem das strahlende Lachen unserer Frauenministerin gilt, natürlich dem Mädchen - „Du und ich, wir schaffen die Jungs“. Frauensolidarität halt.

Dabei ist von der Leyen – rein theoretisch, versteht sich – als Jugendministerin auch für Jungen zuständig. Ob ihr das mal jemand sagt? Aber wir wollen nicht so streng sein. Immerhin will sie die Jungen in unserem Land zu den besten Hausmännern der Welt machen. Das ist doch was. Und dabei würden gute Bildungsabschlüsse der Jungen nur stören.



Interessant auch das Schavan-Plakat Marke „Nicht stören – Ministerin träumt von Bildungserfolgen“.

„Wir haben die Kraft für gute Bildung.“ Na dann hoffen wir doch, dass endlich mal die CDU an die Regierung kommt. O.K., war ein Witz. Natürlich ist die Kraft habende CDU schon seit vier Jahren wieder an der Regierung. Aber woran liegt es dann, dass wir die PISA-Pappnasen-Nation sind? Wie wir wissen, ist Kraft das Produkt von Masse mal Beschleunigung. Masse hat die CDU mit der größten

Mitgliederzahl auf jeden Fall. Aber wie beschleunigt man ein totes Pferd? Und als totes Pferd muss man die CDU im Bereich Jungenbildungsförderung bezeichnen. Wie könnte man sich sonst erklären, dass die Politik auch unter CDU-Regie die Bildungsmisserfolge von Jungen zwar in einer Studie bestätigt, aber trotzdem Jungenförderung - auch nach Meinung der Bundeskanzlerin - als nicht sinnvoll erachtet (Zitat Bundeskanzleramt im Namen der Bundeskanzlerin: „Eine gezielte Jungenförderung ist allerdings keine Lösung“) ?

Ein eindeutiger Sympathiepunkt bei den Plakaten gebührt Vera Lengsfeld, die den Frauen-sind-besser-Chauvinismus der Politikerinnen selbstironisch durch den Kakao zieht. Nachdem uns die vollmundig gepriesene höhere weibliche Sozialkompetenz vorrangig Abtreibungsrekorde, entrechtete Väter und einseitige Frauenförderung in allen Bereichen eingebracht hat, gewährt uns Vera Lengsfeld tiefe Einblicke in die wahren Kompetenzen



weiblicher Politiker und präsentiert uns vier gute Gründe, diese beiden Damen (womöglich) zu wählen.

Die SPD.

Betrachten wir die Wahlplakate der SPD, die ja bekanntlich alles Männliche überwinden will (ob Kanzlerkandidat Steinmeier sich noch vor der Wahl kastrieren lässt, konnten wir allerdings nicht in Erfahrung bringen), bleibt unser Blick auf drei Bildungsplakaten hängen.



Preisfrage: Was haben alle drei Plakate gemeinsam? Richtig! Es kommt nicht ein einziger Junge auf ihnen vor (weder hier noch sonst auf irgendeinem SPD-Plakat). Bildung ist für die Überwinder alles Männlichen bereits komplett Mädchensache.

Was nur konsequent ist, denn die Ausmerzung des patriarchalen Übels muss natürlich so früh wie möglich beginnen.

Um diese hübsche junge Studentin hier, die die 100-prozentige weibliche SPD-Bildungsoffensive fortführt, gab es einigen Wirbel, denn Juso-Mitglied Jennifer M. ist zwar gegen Studiengebühren, studiert selber aber für 590 Euro Gebühren pro Monat(!) an der privaten Wirtschafts-Uni EBC in Düsseldorf. Die fundamentale Glaubwürdigkeit, mit der sie hier dafür eintritt, dass Bildung nicht vom Konto der Eltern abhängen dürfe, erinnert uns frappant an so manches Gelübde der zahlreichen SPD-Bildungsexpertinnen. Nur sind die leider nicht so hübsch wie Jennifer M.



Und Frank Walter Steinmeier erklärt unsere Welt – natürlich einem Mädchen. Ist ja auch klar, denn seit



Rot-Grün hat sich die Zahl der (männlichen) Ingenieurstudiums-Absolventen derart rapide vermindert (über 30% und zwar absolut, nicht relativ!), dass man heute einen Ingenieurmangel beklagt. Der Preis der Zwangsfeminisierung von Technik und Wissenschaft. Wer weiß? Vielleicht wird man in Kürze weibliche Geschlechtsteile benötigen, um ein Ingenieurstudium beginnen zu dürfen. Das wäre nur folgerichtig, denn die Sozialdemokraten wollen zwar die Abhängigkeit der Bildung

vom sozialen Status überwinden, nicht aber die Abhängigkeit vom Geschlecht. Warum auch? Solange Jungen und Männer verlieren, steigt die Frauenquote, und die Gender-Welt ist in bester Ordnung.

Für das Gesundheits-Plakat der SPD braucht man MANNdat-Know-How, um es richtig lesen zu

können. Denn nur wenn man regelmäßig MANNdat liest, erkennt man sofort, dass der Satz „Gesundheit darf kein Luxusprodukt sein“ nur von der jungen Dame stammen kann, die auf dem Plakat abgebildet ist, nicht jedoch vom abgebildeten Herrn. Denn MANNdat-Leser wissen, dass SPD-



Gesundheitsministerin Ulla Schmidt die personifizierte Ignorantin von Männergesundheit ist. Nicht umsonst haben wir nur Frauengesundheitsberichte, Frauengesundheitsdatenbanken und Frauengesundheitsportale, während die Politik noch nicht einmal bereit ist, männlichen Behinderten – Jungen wie Männern – gleiche Reha-Leistungen wie weiblichen Behinderten zuzugestehen. Männliche Behinderte sind halt die idealen Geschlechterkriegsopfer – sie haben keine Lobby und können sich nicht wehren. Macht aber nichts. So kommt man auch dem großen Ziel näher, die männliche Gesellschaft zu überwinden.

Die FDP.

Sie wird sich sicher auf ein gutes Ergebnis der Bundestagswahl freuen können, wie immer, wenn CDU und SPD einen Durchhänger haben. Das kann noch nicht einmal das Frauenpolitik-Duo Niebel/Pieper verhindern. Unter der ehemaligen Generalsekretärin und ihrem Nachfolger ist die FDP auf bundespolitischer Ebene einen eindeutig feministisch geprägten Kurs geraten, der dem jungen- und männerfeindlichen Niveau der großen Parteien in Nichts mehr nachsteht.

Cornelia Pieper lässt in Illustrierten männerfeindliche Sprüche vom Stapel, und Dirk Niebel biedert sich bei den weiblichen Wählern mit jungenausgrenzenden Programmen an. So verlangte er ausdrücklich nur die stärkere Förderung weiblicher



Migrantenjugendlicher, nicht jedoch männlicher Migrantenjugendlicher, obwohl letztere die größten Bildungs-verlierer sind. Damit hängt sich die FDP exakt der politischen Linie der anderen Parteien an. Und es war vor allem die FDP, die den Gesetzestext zur Ächtung ausschließlich lediglich weiblicher, nicht jedoch männlicher, Genitalverstümmelung einbrachte.

Männerpolitisch profillos, wie sich die FDP gibt, präsentiert sie folgerichtig auch ein Wahlplakat ohne Gesicht. Oder sie

hängt alten Zeiten nach, als sie noch Politiker hatte, die nicht nur dem Zeitgeist hinterher krochen.



Die Grünen.



Das ist diejenige Frauenpartei, die durch ihre Frauenquote sicher stellt, dass weniger als 50% Männer Abgeordnetenposten erhalten können, obwohl sie zwei Drittel aller Parteimitglieder stellen. Den ganz normalen Sexismus also, den man hierzulande scherzhaft „Gleichberechtigung“ nennt, lebt diese Partei damit am konsequentesten. Und setzt, ebenso konsequent, bei ihrer Kampagne auf Hintern statt Hirn. Man stelle sich die Entrüstung der grünen Frauenlobby vor, wenn der „Playboy“ solch ein Plakat auf seiner Titelseite abgebildet hätte. Na ja, gut ist, was nützt. Selbstverständlich kennen die Grünen das Heilmittel aus der Krise: Frauenförderung. Dass die Arbeitsmarktkrise bislang nahezu ausschließlich Männer betrifft, ist den Grünen ganz offensichtlich entgangen.

Und sie betrifft deshalb vorrangig Männer, weil diese durch immer neue Frauenförderprojekte immer wieder aufs Neue „positiv“ diskriminiert werden. Und je mehr Männer auf die Straße gesetzt werden, desto besser ist es für die Frauenquote. Auf die starren die Grünen so gebannt wie das Kaninchen auf die Schlange. Bevor es von ihr gefressen wird. Insofern besteht also zumindest noch Hoffnung.



Die Linke.

Die feministische Partei „Die Linke“ setzt dagegen auf Kopf *und* Hintern. Auf dem Plakat von Gregor Gysi heißt es: „Politik misst sich daran, was sie für Chancengleichheit und zur Überwindung von Armut tut, gerade bei Kindern.“

Warum zucken wir nur so unwillkürlich zusammen, wenn wir solche Sätze lesen? Weil wir vielleicht unbewusst ahnen, dass Linke mit „Chancengleichheit“ nichts anderes meinen als Frauenförderung und vor allem Mädchen meinen, wenn sie „Kinder“ sagen? Wenn schon die eher harmlose SPD auf ihren Plakaten zum Thema Bildung nur Mädchen abbildet, was mag da alles in den Köpfen der Ex-SED so herumspuken? Wir wollen es lieber gar nicht erst wissen.



Interessant ist das Plakat der Linken-Kandidatin Halina Wawzyniak. Sie wirbt, ähnlich wie Vera Lengsfeld, mit den Waffen der Frauen: „Mit dem Arsch in der Hose in den Bundestag“. Ein Plakat, das sehr schön versinnbildlicht, was wir immer schon wussten: Männerpolitisch gesehen, ist die Politik der Linken für den A****.

Was wir uns wünschen:

eine Jugendpolitik, die sich auch für positive Zukunftsperspektiven von Jungen einsetzt.

eine Bildungspolitik, die sich für eine chancengleiche Bildung auch von Jungen einsetzt.

ein Familienministerium, das eine Familienpolitik auch für Väter macht.

ein Bundestag, der den männerdiskriminierenden Zwangsdienst endlich beseitigt.

eine Gesundheitspolitik, die eine niedrige Lebenserwartung von Männern nicht nur als willkommenes Sparpotenzial sieht.

eine Sozialpolitik, die behinderte Jungen und Männer und männliche Gewaltopfer nicht als Menschen dritter Klasse behandelt.

Kurz: **Eine Politik der Chancengleichheit für Frauen UND Männer, die ehrlich ist.**

http://manndat.de/fileadmin/Dokumente/Analyse_Wahlplakate.pdf

[zurück](#)

Gleichheit, Gleichheit über allem

Die Dramen nehmen kein Ende. So stellte doch tatsächlich die KfW-Bankengruppe neulich fest, dass Frauen wieder einmal unterrepräsentiert sind. So liegt ihre Quote bei den Existenzgründern nur bei schlappen 41 Prozent. Unbedarfte könnten hier mit den Schultern zucken und meinen: Selbst schuld. Nicht so die KfW-Studie. Deren Ersteller sehen einen quasi dramatischen Unterschied zur feministisch korrekten Ideal-50:50-Konstellation.

Und so ganz unrecht hat die Studie nicht, denn wenn es um Vollerwerbsgründungen geht, liegt der Frauenanteil nur noch bei 33 Prozent. Bekannt, aber im Artikel leider nur angedeutet ist außerdem die Tatsache, dass die Gründungen durch Frauen im Durchschnitt weniger innovativ sind und dabei auch (durchschnittlich) weniger Arbeitsplätze entstehen als bei Gründungen von Männern.

Interessant sind die Details trotzdem, denn die Studie versucht den auch an dieser Stelle ausgesprochen schwierigen Spagat zwischen Wahrheit und Frauenfreundlichkeit.

So konstatiert die Studie, Zitat: „Frauen sind vor allem zurückhaltend, wenn es darum geht, ihren Lebensunterhalt mit einem eigenen Unternehmen zu bestreiten.“

Was nun nicht direkt überrascht. Dafür sind ja schließlich die Männer da, gell. Aber natürlich muss auch hier ein für Frauen positiver Aspekt gefunden werden, denn nicht etwa mangelnder Ehrgeiz oder die fehlende Notwendigkeit, eine Familie zu ernähren, sind die Ursachen. Nein, wie beim Bewerbungsgespräch kommt es auch bei der frauenfreundlichen Presse darauf an, Schwächen zu Stärken umzudeuten. Zitat: "Die Förderbank führt die Zurückhaltung der Frauen in erster Linie darauf zurück, dass Frauen die Erfolgsaussichten ihres Vorhabens kritischer beurteilten als Männer."

Vermutlich sollte dieser Einwand bedeuten: Frauen sind vorsichtiger, dafür klappt es jedoch einfach besser mit den Gründungen. Wir wissen ja: Frauen sind die besseren (hier einsetzen, was gerade einfällt)...

Die Ursachen vielleicht da zu suchen, wo es die Zwischenüberschrift „Männer sind einsatzbereiter“ schon andeutet, wäre natürlich frauenfeindlich und wird daher nicht weiter verfolgt. Also bleiben wir lieber bei der politisch korrekten Mutmaßung: Frauen sind halt einfach kritischer zu sich selbst und handeln durchdachter.

Aber ach, was muss man kurz darauf lesen! Sie sind im Durchschnitt nicht etwa erfolgreicher als Männer, was ja aus dieser Begründung eigentlich folgen müsste, sondern Zitat:

"Sei das eigene Unternehmen einmal gestartet, gebe es dagegen so gut wie keine Unterschiede mehr zwischen den Geschlechtern. ‚Frauen und Männer sind gleich erfolgreich‘, sagt Kohn."

Nur Frauen eben deutlich seltener, weil sie weniger gründen. Doch das ist dann sicherlich wieder eine Benachteiligung und sei es eine „strukturelle“ oder „statistische“, um für die grausamen Diskriminierungen nicht auch noch den Nachweis zu müssen.

Dabei sind ja Firmengründungen quasi ein feministisches Schlaraffenland: Die besser qualifizierten Frauen könnten es da den Männern mal so richtig zeigen. Völlig entfesselt von patriarchalen Zwängen! Von wegen „Lohndiskriminierung“, gläserne Decken und andere fadenscheinige Ausreden. Ha! Gründer sitzen immer im Chefsessel und zahlen sich ihr Gehalt selbst. Schade nur, dass die Frauen nicht in Scharen ins gelobte Land strömen. Und wie das in solchen Fällen ist, müssen die Frauen natürlich zu ihrem Glück gedrängt werden, Zitat:

„Um die Zahl weiblicher Firmengründer zu erhöhen, müsse die Selbständigkeit schon frühzeitig als attraktiver Berufsweg vermittelt werden. ‚Das sollte schon in der Schule, spätestens an den Hochschulen geschehen, nicht erst dann, wenn jemand schon eine konkrete Geschäftsidee hat‘, sagt Kohn. ‚Für Frauen ist die Selbständigkeit ideal, weil sie so gut Familie und Beruf vereinbaren können. Besser als in einem Angestelltenverhältnis.‘“

Tja, da sieht man bei der Frauendiskriminierungs-Beseitigungsindustrie schon wieder die Dollarzeichen in den Augen blitzen, gerade weil Frauen – wie auch die ergebnislose Girls-Day-Förderung zeigt – manche Dinge einfach nicht mögen. Warum sie das nicht mögen? Vermutlich weil viele Frauen von den Männern aus dem Bekanntenkreis wissen, dass Selbständigkeit weniger freie Zeiteinteilung bedeutet als vielmehr Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit. Wenn die Förderung aber am mangelnden Willen der Frauen verpufft, ist das umso besser für die Feministinnen und deren Seilschaften – ähm pardon: Netzwerke -, denn dann bleibt das grausige Ungleichgewicht zu Lasten der Frauen weiterhin schön bestehen, und die Fördertöpfe können nachhaltig sprudeln.

<http://www.faz.net/s/RubE481DAB3A8B64F8D9188F8FE0AB87BCF/Doc~E105A72C33FB84B8DBC98A234792A4AF7~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

[zurück](#)

Spidla als Reinkarnation von Münchhausen?

Zunehmend erscheint der Herr EU-Kommissar Spidla wie die Fleisch gewordene Auferstehung des berühmten Lügenbarons Münchhausen. Die Parallelen sind unübersehbar. Gehen wir mal der Reihe nach die Halbwahrheiten und Falschaussagen durch, mit denen er im österreichischen „Kurier“ zitiert wurde, in einem Artikel, in dem es vordergründig um die höhere Arbeitslosigkeit von Männern ging, eigentlich aber (natürlich) um die Sorgen und Nöte von Frauen.

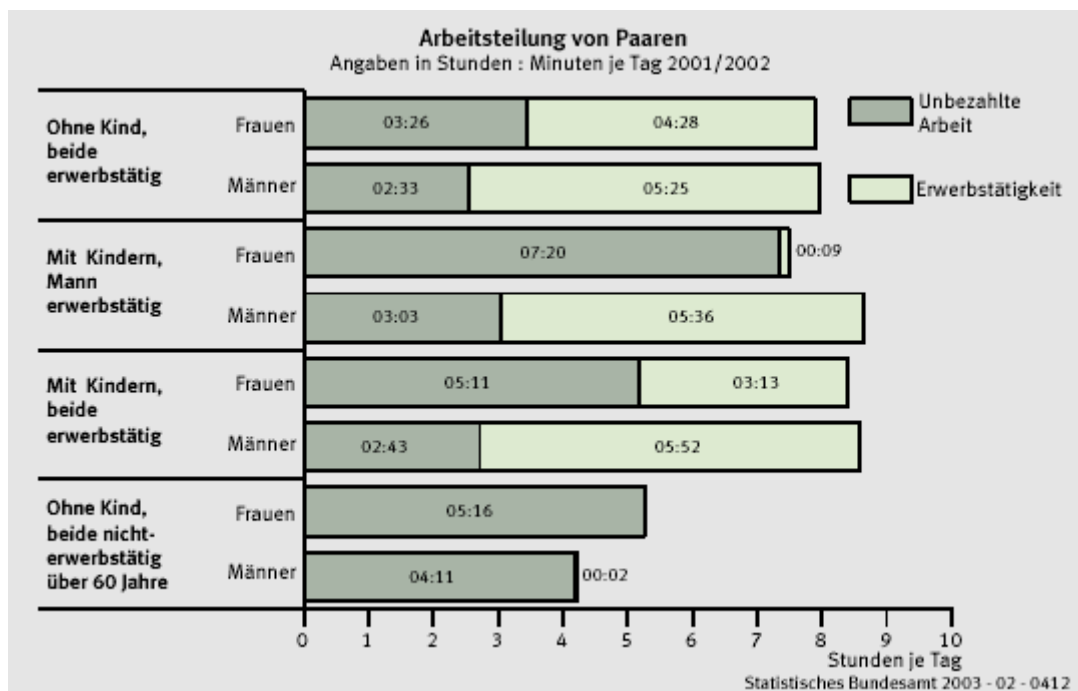
„Erstmals beginne die Arbeitslosenquote der Männer die der Frauen zu übersteigen.“

Eine Halbwahrheit, denn bei der Jugendarbeitslosigkeit ist es schon länger so – natürlich ohne dass der Herr Gleichstellungskommissar jemals ein Wort darüber verloren hätte. Wozu auch? Solange Männer im Nachteil sind, haben wir ja Gleichberechtigung, meint vermutlich der liebe Herr Spidla und versucht gleich noch eine Relativierung: „Dennoch würden Frauen ja immer noch weniger verdienen als Männer.“

Wobei er natürlich weiß und es auch schon offiziell eingestanden hat, dass diese Differenz vor allem an den persönlichen Entscheidungen der Frauen liegt – von der freiwilligen Berufswahl bis hin zu weniger Überstunden. Dass das natürlich wegen der ursächlichen Gründe so bleiben wird – Krise hin oder her – , wird niemanden verwundern. Und vermutlich benötigt man einen genderkonservierten Hohlraum zwischen den Ohren, um den Zusammenhang zwischen erster und zweiter Aussage erkennen zu können: Was ändert es an der Situation eines arbeitslosen Mannes und dessen Familie, wenn eine Friseurin weniger verdient als ein Kfz-Mechaniker oder auch als eine Kfz-Mechanikerin? Er bekommt keinen Lohn – nicht mehr, nicht weniger. Aber die Logik lassen wir mal beiseite, wenn's denn der guten Sache dient, gell Herr Spidla?

Tja und dann kommt die Leier von der Hausarbeit: Gleichstellung müsse im eigenen Haushalt beginnen, so der Kommissar. Auch hier werden wieder Zahlen aus dem Zusammenhang gerissen und suggeriert, Frauen würden insgesamt viel mehr arbeiten als Männer. Aber wir helfen gern, Herr Spidla: Richtig ist, dass Frauen im Durchschnitt mehr Hausarbeit machen, was kein Wunder ist, weil sie im Durchschnitt weniger lange außer Haus arbeiten als Männer und damit einfach mehr Zeit dafür haben. Gelogen ist hingegen die suggerierte Behauptung, Frauen würden unter einer größeren Arbeitsbelastung leiden als Männer. Um das zu beurteilen, muss man nämlich die Gesamtarbeitsbelastung (Erwerbstätigkeit + Hausarbeit) zu Rate ziehen, und das hat die Studie „Wo bleibt die Zeit?“ für Deutschland recht ausführlich gemacht – erstellt vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Familienministeriums (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/frueher/wobleibt diezeit,property=file.pdf>).

Auf der Seite 15 findet man folgende Grafik:



Zwar leisten Frauen überall mehr „unbezahlte“ Arbeit (also Arbeit, die vom Partner oder Expartner bezahlt wird), bei den Berufstätigen ist die Gesamtarbeitsbelastung von Männern aber höher als die der Frauen. Besonders drastisch bei Familien, in denen die Frau so gut wie gar nicht berufstätig ist. Da arbeitet der Mann pro Tag fast 1 ¼ Stunde länger als die Frau.

Eine Ausnahme gibt es noch, und die wurde – wie konnte es anders sein – natürlich besonders herausgestellt: Wenn die Partner gleich lange berufstätig sind, ist die Gesamtarbeitsbelastung der Frau rund ¼ Stunde pro Tag höher. Übrigens sehr hübsch, wie diese im Durchschnitt deutlich höhere Arbeitsbelastung der Männer verbal abgewertet, die im Vergleich dazu geringe höhere Arbeitsbelastung von Frauen hingegen aufgewertet wurde. Das wollen wir den geeigneten Lesern nicht vorenthalten. Ist es doch ein schönes Beispiel dafür, wie mächtig und auch manipulativ Worte sein können.

Zitat von Seite 16 (Anmerkungen und Hervorhebungen von MANNdat):

*„...Anders ist dies bei Paaren mit Kindern. Sind die Frauen nicht erwerbstätig, steigt ihre Arbeitszeit im Haushalt um 4 Stunden auf gut 7 ¼ Stunden. Bei den Männern erhöht sich die unbezahlte Arbeit **nur** um eine halbe Stunde. **Allerdings haben die Männer aufgrund ihrer Erwerbsarbeit eine höhere Gesamtarbeitszeit als ihre nicht erwerbstätigen Partnerinnen.***

[Anmerkung: Zunächst geht man ausführlich auf die Hausarbeit ein, die höhere Belastung der Väter von rund 1 ¼ Stunden pro Tag heißt „höhere Gesamtarbeitsbelastung“]

Sind bei Paaren mit Kindern die Frauen ebenfalls erwerbstätig, wendet sich das Blatt: Obwohl sie die Arbeit im Haushalt im Vergleich zu nicht erwerbstätigen Frauen um 2 ¼ Stunden reduzieren, haben erwerbstätige Frauen mit Kindern **eine fast ebenso große Gesamtarbeitszeitbelastung wie ihre Männer.**

[Anmerkung: „...wendet sich das Blatt“ – jetzt haben wohl Frauen eine deutlich höhere Gesamtarbeitsbelastung? Ach nein, jetzt arbeiten sie **fast** genauso viel]

*Werden Paare mit jeweils gleich langen Arbeitszeiten betrachtet, **wird deutlich**, dass die Gesamtarbeitszeit der Frauen sowohl bei vollerwerbstätigen als auch bei teilerwerbstätigen Eltern **sogar** um eine gute Viertelstunde höher ist als bei den Männern.*

[Anmerkung: Was sind schon die fast 1 ¼ Stunden pro Tag Mehrleistung der Väter im Vergleich zu der heroischen guten Viertelstunde von Müttern?].“

Alles klar, Herr Kommissar? Gleichberechtigung fängt also nicht im eigenen Haushalt, sondern bei der Berufstätigkeit an. Wenn Männer mehr Zeit hätten, würden sie auch mehr tun.

Fehlen darf auch nicht die Leier von den Führungspositionen, der Karriere und den gläsernen Decken. Ein ganz wichtiger Aspekt bei der Betrachtung des Problems der Arbeitslosigkeit!

Es gäbe schöne Fortschritte, meint der liebe Herr Spidla, und nennt den Frauenanteil von 60% bei den jetzigen Hochschulabsolventen. Bedauert dann aber den geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen, der damit gar nicht in Einklang steht. Er fragt natürlich nicht nach der Art der Abschlüsse und deren Verwendbarkeit in der freien Wirtschaft – also dort, wo man Karriere machen kann. Wenn man will, falls man will.

Warum immer weniger Männer studieren – diese Frage kommt ihm natürlich gar nicht über die Lippen, denn dann müsste er ja vielleicht noch auf die Diskriminierung von Jungen im Schulwesen zu sprechen kommen, und das hat ja nun wirklich nichts mit der höheren Arbeitslosigkeit von Männern zu tun. Wir wollen mal nicht so weit abschweifen.

Besonders hübsch der Abschluss des Artikels, wo Herr Spidla noch mit einer faustdicken Lüge zitiert wird: „Darüber hinaus seien auch Frauen häufiger Opfer von Gewalt.“ Im Berufsleben? Um das geht es ja hier bekanntlich.

Nein, Herr Spidla! Weltweit werden deutlich mehr Männer als Frauen Opfer von Gewalttaten, in Deutschland sind es knapp 2/3 – häusliche Gewalt mit der völlig verzerrten Frauen-Männer-Relation inklusive.

Nach so viel feministischem Unfug spielt es schon gar keine Rolle mehr, dass Herr Spidla völlig am Thema – der überproportional steigenden Arbeitslosigkeit von Männern - vorbei redet. Warum nur kann man sich so schwer einen Artikel vorstellen, der eine höhere Arbeitslosigkeit von Frauen zum Anlass nehmen würde, nach einem einleitenden Satz dann nur noch von Männern zu schreiben und den Frauen sogar noch Vorhaltungen zu machen?

Super Sache! Danke, Herr Spidla, danke liebe Journalisten vom Kurier. Endlich wissen wir: So und nicht anders läuft das nunmal im real existierenden Patriarchat...

Leider ist der Artikel online nicht mehr verfügbar. Wenn man jedoch auf die Homepage des Kuriers geht (www.kurier.at) und in die Suchfunktion die Überschrift des Artikels eingibt („Männer sind die Verlierer der Krise“), bekommt man in zwei Sätzen eine überaus treffende Zusammenfassung dieses Unfugs.

[zurück](#)

Gleichberechtigung mal anders

Erstaunliches ist aus Österreich zu vermelden. Dort scheint man bemüht zu sein, die Begriffe „Antidiskriminierung“, „Gleichstellung“ und „Gender Mainstreaming“ wirklich ernst zu nehmen. Nicht damit wir uns falsch verstehen: *wirklich* ernst. Klar, dass Sie zunächst zurückzucken, wenn Sie irgendwo auf solche Leerformeln treffen, denn Sie sind ja aus Deutschland gewohnt, dass darunter stets nur eines verstanden wird: Frauen auch noch die kleinsten Steine aus dem Weg zu räumen und sie dann den Männern vor die Füße zu legen.

Nein, die Österreicher machen *wirklich, wirklich* ernst. Jede Person, die sich aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt fühlt, kann sich seit der Novelle 2008 des Gleichbehandlungsgesetzes bei der Gleichbehandlungskommission beschweren. Sogar Männer.

Nun, werden Sie sagen, das dürfen wir hier in Deutschland auch. Sicher dürfen wir, denn auch wir haben ein Allgemeines Gleichbehandlungs-, vulgo: Antidiskriminierungsgesetz, das im Grundsatz Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts verbietet. Wohlgemerkt: im Grundsatz. Denn wenn sich Männer hierzulande beschweren, weil sie z.B. Eintritt zahlen müssen, um in die Disco zu gelangen, während die Mädels jeden Abend „Ladies Night“ haben und umsonst rein dürfen, wird man ihr Anliegen gewissenhaft entgegen nehmen und es nach einer angemessenen Schamfrist ebenso gewissenhaft der Rundablage überantworten. Nicht ohne sich vorher noch köstlich darüber amüsiert zu haben, dass sich jetzt sogar Männer über Benachteiligungen beschweren. Wie sagte noch ein großer Geist: „Mit so einer Reaktion hätte ich niemals gerechnet, das übertrifft jede Fiktion an Lächerlichkeit.“

Mit solchen Reaktionen hatte man auch in Österreich nicht gerechnet. Wahrscheinlich hatten die Gender-Bürokraten dort tatsächlich die Märchen geglaubt, die sie in ihren eigenen Hochglanzbroschüren unters Volk bringen und die von der unablässigen Benachteiligung der Frauen künden. Womöglich hatten sie zwecks Selbstbestätigung auch noch die vielen Presseartikel gelesen, die gerade in Österreich von einer besonders schlimmen Lohndiskriminierung von Frauen künden (in manchen Regionen sollen es beängstigende 40 Prozent und noch mehr sein!) und das für die bare Wirklichkeit gehalten.

Doch es kam ganz anders. Der Ansturm tausender gehaltsdiskriminierter Frauen blieb aus, was wieder einmal zu bestätigen scheint, dass die 22 oder 23 oder 26 oder 40 Prozent Minderverdienst von Frauen keineswegs auf Diskriminierung beruhen, sondern eher als Resultat ihrer freiwilligen Selbstbeschränkung gelten können. Statt dessen beschwerten sich vor allem Männer über Diskriminierung. Und bekamen sogar recht: Senat III der Gleichstellungskommission entschied auf eine

entsprechende Beschwerde eines männlichen Discobesuchers hin, dass der Gratis-Eintritt für Frauen eine Diskriminierung von Männern nach § 40b GleichbehandlungsgG darstelle (<http://journal.juridicum.at/?c=142&a=2105>). In besagter Discothek hatten die Männer acht Euro Eintritt zahlen müssen, während Frauen gratis rein durften und obendrein einen 20-Euro-Getränkegutschein geschenkt bekamen.

Wie immer, wenn sich Menschen jäh ihrer Illusionen beraubt und, aus kuscheligen Träumen erwacht, mit der brutalen Wirklichkeit konfrontiert sehen, dauert es eine Zeit, bis sie begriffen haben, was Sache ist. Bis dahin wird weiter abgewiegelt, wird darauf hingewiesen, dass es sich um Einzelfälle handele, die Situation im Großen und Ganzen jedoch nach wie vor eine gänzlich andere sei, und so weiter.

So versuchte sich der beklagte Diskothekenbesitzer damit herauszureden, solche Gratis-Aktionen für Frauen stellten einen Ausgleich für deren geringeren Verdienst dar, außerdem würden es alle so machen. Gäbe es keine solche Aktionen, kämen kaum weibliche Gäste, und dann würden auch keine Männer mehr in die Disco gehen, denn was wäre die ohne Frauen.

All dies fegte der Gleichstellungssenat zwar vom Tisch. Nicht ohne jedoch hinzuzufügen, durch Gratis-Eintritt in Diskotheken würden Frauen als Lockvögel missbraucht. Heißt so viel wie: Eine Diskriminierung von Männern mag zwar hin und wieder tatsächlich gegeben sein. So richtig vorstellen will man sich das jedoch nicht, kann es sich nur einigermaßen erklären, wenn man sich die Frau als eigentlich diskriminierte (hier gar: „missbrauchte“) Person hinzu denkt. Wahrscheinlich bekam der Kläger somit nur deshalb recht, weil die Abschaffung des Gratisintritts für Frauen eigentlich ihnen nützt, indem sie ihrem „Missbrauch“ einen Riegel vorschiebt.

Das erklärt auch die Aussagen von Gleichbehandlungsanwältin Ingrid Nikolay-Leitner in einem Interview mit der Fernseh-Nachrichtensendung „Zeit im Bild 2“, die der ORF am 11. Mai 2009 ausstrahlte und in der sie sagte: „Wir wurden tatsächlich ein bisschen überrascht, dass es so massiv gekommen ist. Wir nehmen natürlich auch diese Ungleichbehandlung ernst wie jede, trotzdem glaube ich, das man ein bisschen die Relationen sehen muss.“ Frauen würden sich erfahrungsgemäß sehr viel weniger beschweren, Männer seien viel eher bereit, die rechtlichen Institutionen des Staates in Anspruch zu nehmen.

Interessanter Erklärungsversuch. Hat ein bisschen was von Pfeifen im dunklen Walde. Männer beschweren sich also nicht deshalb häufiger, weil sie häufiger benachteiligt würden. So'n Quatsch. Schließlich weiß man doch, dass Männer von Natur aus nicht benachteiligt werden können. So wie Schimpansen kein Aids bekommen und Pferde nicht kotzen können.

Benachteiligt werden können qua Geschlecht bekanntlich nur Frauen. Die Hofberichterstatteerin des ORF merkte denn auch untertänigst an: Eigentlich sei die Ausweitung des Gesetzes geschaffen worden, um sich den schwerer wiegenden Benachteiligungen der Frauen in der Leben- und Krankenversicherung zu widmen. Worauf Frau Nikolay-Leitner antwortete, ja, damit würde man sich auch ganz gerne beschäftigen, aber dazu lägen viel weniger Beschwerden vor.

Sicherlich wird man dafür eine Lösung finden, indem man über vom Staat herausgegebene Hochglanzbroschüren und über entsprechende Berichte in der devoten Presse das Bewusstsein der Frauen über das Ausmaß ihrer Diskriminierung schärft und sie so dazu ermuntert, ihre Rechte vermehrt in Anspruch zu nehmen. Doch Vorsicht: Durch die eigene Gesetzesnovelle hat man Männern fahrlässigerweise ein Instrument in die Hand gegeben, das es ihnen ermöglicht, gegen solche Broschüren vorzugehen, die sich alleine an Frauen wenden. Dumm aber auch!

Am Ende hat sich die Genderbürokratie mit dieser gesetzlichen Regelung einen Schuss ins eigene Knie verpasst und trägt so gänzlich unbeabsichtigt dazu bei, dass Privilegien von Frauen einerseits sowie Ungleichbehandlungen von Männern andererseits ernstlich ins Wanken geraten. Und damit letztendlich sogar der Feminismus als Ganzes.

So hatte man sich das mit der Gleichstellung nun auch wieder nicht vorgestellt. Aber vielleicht lernt man demnächst auch von den deutschen Nachbarn, wo solche Diskriminierungen als „sozial akzeptiert“, „erwünscht“ oder „positiv“ tituiert und deshalb nicht verfolgt werden. Am deutschen Wesen könnte auch hier mal wieder die Welt genesen.

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4103&Alias=wzo&cob=368976>

[zurück](#)